

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Rini Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 5
Druckerschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Quartalsende, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 19. Februar 1932

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Volk ohne Arbeit.

Zum Echo der Arbeitsbeschaffungsaktion des A.D.G.B.

SPD. Der Vorstoss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Frage der Arbeitsbeschaffung hat ein wenig freundliches Echo ausgelöst. Bedenken und Zweifel - das ist die Antwort, die aus dem Regierungslager herüberbönt. Arbeitsbeschaffung durch eine Kreditoffensive, wie sie auf der letzten Bundesausschusssitzung des ADGB zunächst nur diskutiert wurde, erklärt man kurzerhand für einen Irrglauben, der mit einer Inflation ende und also keine wirkliche Hilfe bringe. Man spricht von "feuergefährlichen Plänen", man betont, die Vorschläge der freien Gewerkschaften seien noch lange keine Vorschläge der Gesamtgewerkschaften, man vertröstet von neuem auf eine Lösung der Schwierigkeiten von der Sphäre der Aussenpolitik her und - wartet ab. Hoffen und Harren - das ist die ganze Weisheit der Kritiker der Arbeitsbeschaffungsaktion des ADGB. Haltet aus, haltet durch! Das ist auch jetzt wieder die schöne Parole, die die Satten den Hungrigen predigen - eine Parole, die verdammt stark an die Durchhalteparole des Krieges erinnert. Auch damals hielt man aus, hielt man durch, bis eines Tages das Ende mit Schrecken da war.

Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir darauf aufmerksam machen, dass der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nicht daran denkt, sich mit billigen Vertröstungen abspeisen zu lassen. Er wird sich in Kürze wieder melden. Was er will, ist nur eins: es muss endlich einmal etwas gegen die grauenhafte, von Tag zu Tag sich steigernde, Not unternommen werden. Er will nicht kluge Reden hören, er will Taten sehen. Er versteift sich absolut nicht auf seine Vorschläge. Wer Besseres weiss, soll damit herausrücken. Die freien Gewerkschaften haben es jedoch satt, sich immer wieder ihre Besserungsvorschläge von den Besserwissern zerreden zu lassen, ohne dass dann die Besserwisser ihrerseits etwas unternehmen.

Auch die freien Gewerkschaften wissen die Bedeutung einer Reinigung der politischen Atmosphäre für die Belebung des Arbeitsmarktes zu schätzen. Auch ihnen ist klar, dass Geld für eine Belebung des deutschen Arbeitsmarktes im In- wie im Ausland sich erst dann wieder hervorwagt, wenn man weiss, wer künftig in Deutschland zu bestimmen hat: der Faschismus oder die Demokratie. Eben deswegen unterstützen die Gewerkschaften mit voller Kraft die Eiserne Front. Sie brauchen den Erfolg der Eisernen Front für ihre Arbeitsbeschaffung, wie umgekehrt die Eiserne Front auf die Dauer ihre Aufgabe nur lösen kann mit dem Rückhalt erfolgreicher Arbeit der Gewerkschaften zugunsten der hungernden und darbedenden Massen. Allein auch nach der Präsidentenwahl, auch nach den Preussenwahlen wird in grossem Masstab, vor allem von der internationalen Seite her, nicht im Handumdrehen durch politische Beruhigung auf dem Arbeitsmarkt nun gleich ein Wunder eintreten. In Amerika rechnen die Optimisten mit einer Besserung der Verhältnisse binnen Jahresfrist, und sie meinen, Deutschland werde vielleicht in zwei Jahren aus dem Dreck heraus sein. Haben wir noch Atem für Jahre? Hoffen und Harren machen zum Narren.

Mit nicht zu verkennender Bitterkeit hat Leipart auf der Bundesausschuss-
sitzung des ADGB festgestellt, dass von Notverordnung zu Notverordnung, d.h.
nach jeder neuen Hoffungsstation die Dinge nur schlimmer wurden. Das Berliner
Zentrumsblatt, die "Germania" meint, Leiparts Kritik der bisherigen Regierungsmassnahmen
erinnere an nationalsozialistische Formulierungen. Nun, wir wollen der "Germania" verraten,
dass Leiparts Kritik für den Hörer noch viel schärfer geklungen hat, als sie in den
Berichten zum Ausdruck gekommen ist. Man verkennt anscheinend im Regierungslager die
furchtbare Erbitterung, die bei den freien Gewerkschaften angesichts des grausigen
Schauspiels herrscht, das zurzeit in Deutschland über die Bühne des Lebens geht.
Die Arbeiterschaft hält nur still mit Zähneknirschen. Sie hat Nerven, trotz Hunger
und schlechter Behandlung, aber sie will nicht sich sehenden Auges in einen
Abgrund stürzen.

Gewarnt durch entsetzlich bittere Erfahrungen, bestehen die freien Gewerkschaften
darauf, dass jetzt, nachdem die neue Verschlechterung des Arbeitsmarktes für
jedermann klar ersichtlich ist, etwas Durchgreifendes auf dem Gebiet der
Arbeitsbeschaffung unternommen wird. Für das neue Haushaltsjahr der Reichsanstalt
ist ein Jahresdurchschnitt von 5,6 Millionen Arbeitslosen zugrundegelegt worden.
Der Betrag für Kurzarbeiterunterstützung wurde im neuen Haushalt der Arbeitslosen-
versicherung um zwei Fünftel auf 72 Millionen erhöht. Das ist deutlich genug.
Die Gewerkschaften verfallen gewiss auch jetzt nicht in Panikmacherei, wenn der
Arbeitsmarkt mit neuen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, weil der deutsche Export
von aussen her gedrosselt wird, weil keine Bauten mehr zu Ende geführt werden
können, wie das sonst im Frühjahr der Fall war, weil in der Landwirtschaft so
mancher Saisonarbeiter infolge des Zurückströmens junger arbeitsloser Leute
in die Heimat keine Arbeit mehr bekommt. Sie bestehen aber darauf, dass - eben
weil neue Schwierigkeiten entstehen, mit allen Mitteln durch Arbeitsbeschaffung
überall dort, wo es nur irgendwie möglich ist, der Not gesteuert wird.

Die Gewerkschaften sind nicht so doktrinär, sich einzubilden, dass die Frage
der Arbeitsbeschaffung nur an einem bestimmten Punkt, also vielleicht nur von der
Währungsseite her, gelöst werden kann. Ihr Standpunkt ist der des gesunden
Menschenverstandes. Er lautet: was hilft, ist gut. Deshalb haben sie auch von
neuem ihre Forderung nach gesetzlicher Verankerung der 40-Stundenwoche angemeldet.
Wenn schon die Kurzarbeit, wie sich aus dem neuen Etat der Reichsanstalt ergibt,
zunimmt, - warum dann nicht endlich Vierzig-Stundenwoche auf der ganzen
Linie? Und wenn nicht auf der ganzen Linie bis in den letzten Betrieb - warum
dann nicht überall dort, wo die Einführung der 40-Stundenwoche längst eine
Selbstverständlichkeit sein müsste? Warum nicht z.B. in der Möbelindustrie, wo
in der Serienherstellung ohne jede Schwierigkeit die Auswechslung der an den
Maschinen arbeitenden Qualitätskräfte möglich ist? Warum nicht in der Glasindustrie,
warum nicht an tausend anderen Stellen? Warum kein Krümpersystem dort, wo es
halbwegs durchführbar und Erfolg verspricht? Wenn die Arbeiterschaft nur
wenigstens irgendwo einen Versuch zu einer Tat zur Milderung der Arbeitslosigkeit
sehen würde! Stattdessen kommt ihr nur und immer wieder mit Bedenken und
Zweifeln, und nichts geschieht, gar nichts.

Von der Regierung müssen die Gewerkschaften Mithilfe erwarten; denn von den
Unternehmern ist nichts zu erhoffen. Diese haben andere Sorgen. Ihre Presse
jammert über das "Volk ohne Raum" und zitiert fleissig Treitschke: "Die
Geschichte trägt durchaus männliche Züge. Nur tapfere Völker haben ein
sicheres Dasein, eine Zukunft, eine Entwicklung; schwache und feige Völker
gehen zugrunde und von Rechts wegen." In dem Kampf des Volks ohne Arbeit um Arbeit,
dem grössten und edelsten Kampf, der jemals auf der Welt gekämpft wurde,
merkt man bei den Unternehmern nichts von Tapferkeit. Im Kampf um die Arbeit
spielen sie die Rolle der Defaitisten. Treitschke zitieren ist leicht, Mut
beweisen ist schwer. Die Regierung aber hat die Pflicht, den Defaitismus
im Kampf um die Arbeit niederzuschlagen.

SPD. Darmstadt, 19. Februar (Eig. Dr.)

Der hessische Landtag lehnte am Freitag den kommunistischen und den deutschnationalen Auflösungsantrag gegen die Stimmen der Antragsteller ab.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Steffen fest, dass der Mainzer SA-Führer vom Sturm 33 namens Feldmann aus Freiberg in Sachsen stammt, von 1909 bis 1913 und 1918 bis 1923 in der französischen Fremdenlegion diente, während des Krieges auf Seiten Frankreichs gegen Deutschland kämpfte und im September 1923, als der Separatismus im Weste Deutschlands seinen Höhepunkt erreichte, nach Mainz kam und hier wiederum bis im Juli 1930 in dem Dienst der französischen Besatzungsbehörde gestanden hat. Am 22. Mai 1931 wurde er vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts wegen Landesverrats zu der Mindeststrafe von 5 Jahren Festung verurteilt. Bei seiner Verhaftung war Feldmann im Besitz eines französischen Militärpasses. Jetzt dient dieser verbrechertyp dem Gendarmen Hitler.

In der Sitzung wurde ferner noch festgestellt, dass SA-Leute während der Landtagssitzung die wandelgänge und die Türen zum Plenarsaal besetzt halten, dass ein Sturmführer einen Polizeibeamten aus dem Hause zu weisen versuchte und in dem Nazilokal "Hansa-Hotel" sowie in dem Darmstädter Braunen Haus drei SA-Stürme zu einem Angriff auf den Sitzungssaal bereit liegen.

SPD. Stuttgart, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Vor dem Stuttgarter Schnellschöffengericht haben sich zur Zeit vier Nationalsozialisten, darunter ein SA- und ein SS-Führer, wegen Landfriedensbruch zu verantworten. Drei der Angeklagten sind bereits wegen Rohheitsdelikten, Waffenmissbrauch usw. vorbestraft. Der Anklage liegt die Schlägerei in der am Montag von Nazis gesprengten Stuttgarter Versammlung der Staatspartei zugrunde.

Die Zeugenaussagen ergaben, dass etwa 130 bis 150 Nationalsozialisten in der Versammlung waren, und sowohl der Besuch als auch ihr Verhalten in der Versammlung verabredet war. Dem Versammlungsredner war schon am Tage vor der Versammlung ein Drohbrief zugegangen. Ausserdem war ihm mitgeteilt worden, dass in einem Café etwa 30 Nationalsozialisten die Störung der Versammlung beschliessen hätten. Ein Polizeikommissar bekundete, dass die beiden angeklagten SA- und SS-Führer mit Stühlen geworfen haben. Dieser Zeuge und ein anderer Kommissar hatten den Eindruck von einer Verabredung und Vorbereitung der Aktion der Nationalsozialisten. Ein dritter Polizeikommissar sagte aus, dass um neun Uhr noch ein junger Mann in die wegen Ueberfüllung abgesperrte Versammlung hinein wollte und auf die Frage, ob er denn bestellt sei, antwortete: "Jawohl, SA. im Dienst."

Das Urteil ist am Sonnabend in Aussicht genommen.

SPD. Darmstadt, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Der angebliche Ueberfall auf den hessischen Naziabgeordneten Buttler bereitet der Hitler-Partei immer grössere Verlegenheit, da der Verdacht, dass es sich bei dem "Attentat" um Selbstverstümmelung handelt, immer mehr an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Die inzwischen gefundene Waffe ist eine französische Pistole. Die Röntgenaufnahme des noch im Körper Buttlers befindlichen Geschosses hat ergeben, dass es mit der in der Pistole enthaltenen Munition übereinstimmt. Ferner hat ein bekannter Frankfurter Gerichtssachverständiger festgestellt, dass die Mündung der Pistole beim Schuss an der Kleidung Buttlers angesetzt gewesen sein muss. Buttler verwickelte sich im übrigen bei seiner Vernehmung in verschiedene Widersprüche. Vor seinem Weggang von zu Hause soll er gesagt haben: Es ist mir, als wenn mir etwas passieren würde. Die Fraktionsfreunde des Verletzten versuchen jetzt, einen "Unfall" glaubhaft zu machen.

SPD. Der Wohnungsausschuss des Reichstags beriet in der Zeit vom 8. bis 19. Februar den Entwurf des Reichsstädtebaugesetzes. Die zweite Lesung wurde auf Ende Mai vertagt. Man will der Regierung Zeit lassen, sich mit den Ländern über den Entwurf zu verständigen.

Bei den Beratungen wurden die Einwendungen der verschiedenen Interessengruppen, des Deutschen Städtetages, des Verbandes der preussischen Provinzen, der Siedlungs- und Verkehrsverbände usw. nach Möglichkeit berücksichtigt. Den Wünschen der Kleinsiedler, Rückgabe enteigneten Grundbesitzes usw. wurde ebenfalls Rechnung getragen, der Kreis der aus dem Wohnbezirk auszuschliessenden Betriebe wurde auf die sogenannten lästigen Betriebe ausgedehnt. Bei der Planung sollen auch die Unterhaltungspflichtigen, Provinz- und Kommunalverbände usw., mitbestimmen. Nach den gefassten Beschlüssen ist eine Enteignung auch für die Errichtung von Anlagen, die der lebenswichtigen Versorgung dienen, möglich. Wilden Siedlungen will man dadurch vorbeugen, dass die Teilung von Grundstücken der Genehmigung bedarf.

SPD. Halle, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Amtsgericht Halle verkündete am Freitag in dem Konkursverfahren des Allgemeinen Konsumvereins Halle folgenden Beschluss: "Das Konkursverfahren über das Vermögen des Allgemeinen Konsumvereins von Halle wird eingestellt, da ein den Kosten des Verfahrens entsprechendes Vermögen nicht vorhanden ist."

Ausser einem Vorstandsmitglied des in Konkurs geratenen Vereins, einem Vertreter des Gläubigerausschusses und dem Konkursverwalter wohnten nur einige Kleinsparer der endgültigen Bestattung des "Roten Proviantamtes" bei.

SPD. In dem Prozess gegen die Generaldirektoren der Schultheiss-Patzenhofer A.G. wurde am Freitag der Frühstücks-Freund des "Arbeiterführers" Hitler Herr von Stauss, seines Zeichens volksparteilicher Abgeordneter und Aufsichtsrat der Deutschen Bank, vernommen. Die Vernehmung dieses Zeugen, die das Kernstück des Prozesses gegen die Schultheiss-Spekulanten darstellte, ergab interessante Einblicke in die Tätigkeit unserer sogenannten "Wirtschaftsführer".

Herr von Stauss, der stotternd und stockend seine Aussagen machte, wand sich vor Verlegenheit und suchte seine Verteidigung nach der bewährten Methode durchzuführen: Ich heisse Hase und weiss von nichts! Im übrigen mimte er moralische Entrüstung und suchte sich durch stärkste Belastung Katzenellenbogens selbst möglichst rein zu waschen. Was er über die geradezu schandbare Wirtschaft im Schultheiss-Konzern mitzuteilen wusste, wird sicherlich 100prozentig richtig sein; aber gewiss trifft Herrn von Stauss, der Mitglied des Präsidiums des Aufsichtsrats der Schultheiss-Patzenhofer A.G. und Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Hefeindustrie und der Ostwerke war, daran selbst ein erhebliches Mass von moralischer Mitschuld. Der Zeuge gab zuerst eine Schilderung des Kredits an die Nordhefe und äusserte sich dann über die Frage der Kreditverlängerung und der formellen Bürgschaften. Der Referent der Deutschen Bank, so führte v. Stauss aus, verlangte von mir, dass ich bei der Verlängerung des Kredits den Auftrag in eine formelle Bürgschaft umwandeln sollte. Katzenellenbogen zeigte sich damals allerdings sehr abgeneigt. Schliesslich kam es zu einer Einigung, durch die eine Ausfall-Bürgschaft festgelegt wurde. Vors.: "Waren Sie nicht erstaunt darüber, dass Katzenellenbogen diese Verbindlichkeiten nicht in den Prospekt haben wollte?" - Stauss: "Die Aufnahme im Prospekt hielt ich auch nicht für nötig." Zur Frage der Stützungskäufe berichtet Herr von Stauss, dass Katzenellenbogen eines Tages einen neuen Kredit von 10 Millionen für den Konzern verlangt habe. Er, Stauss, habe Katzenellenbogen gefragt, ob der Konzern sich das Geld nicht aus eigenen Mitteln verschaffen könne. Katzenellenbogen habe sehr gedreht und schliesslich über-

aus verlegen gesagt, dass der Konzern noch andre Sorgen hätte. Nun "beichtete" Katzenellenbogen Herrn von Stauss, dass aus den Stützungskäufen Verbindlichkeiten in Höhe von 35 Millionen Mark entstanden seien. Stauss erklärte daraufhin, dass er vor einer völlig neuen Situation stehe und über den Kredit im Augenblick keine Entscheidung treffen könne. Er, so erklärt der Zeuge, habe am nächsten Tage erfahren, dass die Verbindlichkeiten die Summe von 35 Millionen Mark noch überstiegen. Nun brachte er Katzenellenbogen gegenüber zum Ausdruck, dass weder Aufsichtsrat noch Vorstand in der Lage wären, für diese Dinge die Verantwortung zu übernehmen. Katzenellenbogen erwiderte, dass ihn die Angelegenheit sehr bedrücken würde. Er hätte oft einen Anlauf genommen, die Sache mitzuteilen, aber nie den Mut dazu gefunden. Vor.: "Was taten Sie nun?" - Stauss: "Ich hielt das für ein Unglück, ich war völlig entsetzt. Aus meinen Papieren ersah ich, dass ich einmal Dr. Sobernheim gefragt habe, auf wessen Rechnung die grossen Aktienkäufe der Danatbank getätigt würden. Sobernheim erklärte, er wisse von nichts, er habe nur so gelegentlich "etwas von Konsortien gehört". - Vors.: "Ist denn in den Aufsichtsratssitzungen nie über diese Käufe gesprochen worden?" - "Niemals! Ich hätte es auch für ganz unmöglich gehalten, dass auf Rechnung der Gesellschaft so grosse Käufe getätigt würden." - Vors.: "Und Sie selbst haben sich auch niemals erkundigt?" - "Ich kam gar nicht auf den Gedanken, diese Frage zu stellen und hätte nie angenommen, dass neben dem Konsortium meiner Bank noch andere Konsortien bestehen würden. Das wäre ja "gegen jede Kleiderordnung" gewesen..." Im übrigen stellt der Zeuge fest, dass die Presse über die Vorgänge im Konzern stets viel früher informiert worden sei als der Aufsichtsrat. (!)

Vor allem bezeichnend für die Luderwirtschaft im Schultheiss-Konzern ist der Hergang der Gründung des Effektenkonsortiums, von dem Stauss Mitteilung macht. Ohne dass dieser wichtige Punkt auf der Tagesordnung gestanden hätte, wurde er unter der Rubrik "Unerwartetes" erledigt. Herr von Stauss wohnte der Gründungssitzung nicht bei. Katzenellenbogen hatte ihm nämlich mitgeteilt, dass sich in der Sitzung "nichts Nennenswertes ereignen" werde. Aber Herr von Stauss war auch nicht neugierig; erst nach längerer Zeit erfuhr er von der vollzogenen Geburt, und zwar durch Einsichtnahme in das Protokoll. So sah die "vertrauensvolle Zusammenarbeit" bei Schultheiss-Patzenhofer aus!

Während der Vernehmung des Herrn von Stauss, die sich über den ganzen Verhandlungstag erstreckt, kommt es noch zu mancherlei bezeichnenden Bekenntnissen. Auf die Frage des Rechtsanwalts Dix, ob er, Stauss, nicht gegebenenfalls genau so gehandelt hätte, wie Katzenellenbogen am kritischen 13. Oktober, erwidert Stauss erregt: "Ich wäre keinen Tag in einer solchen Verwaltung geblieben, die diese Geschichte auf sich genommen hätte, ohne die Generalversammlung damit zu befassen." Verteidiger: "Glauben Sie, dass Dr. Sobernheim und Katzenellenbogen den Kurs von 200 gewählt haben, um sich selbst zu bereichern und Schultheiss zu schädigen?" Stauss (nach einigem Zögern): "Das glaube ich nicht, aber ich weiss, dass zwischen den beiden Herren sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten herrschten." Katzenellenbogen: "Herr von Stauss, habe ich Sie einmal unrichtig informiert?" "Diese Frage kann ich glatt verneinen. Sie haben mich überhaupt nicht ein einziges Mal informiert." Schliesslich kommt noch zur Sprache, dass der Vorsitzende des Präsidiums der Gesellschaft, Herr Landau, ein Greis im Alter von 79 Jahren war - - man kann sich vorstellen, wie Katzenellenbogen mit diesem Präsidium umgesprungen ist - !

SPD. Koblenz, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Zwischen Erwerbslosen und Nationalsozialisten, die Flugblätter verteilten, kam es am Freitag vor dem hiesigen Arbeitsamt zu einer Schlägerei. Die Polizei gab mehrere Schreckschüsse ab. Ein Mann wurde tödlich getroffen. Zur Auflösung des Menschenauflaufs musste schliesslich ein Kommando von 30 Schutzleuten herangezogen werden.

SPD. Genf, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Freitagsitzung des Völkerbundsrats begründete der Chinese Yen den Antrag seiner Regierung auf Einberufung einer Ratssitzung. Yen verlangte vom Rat sofortige wirksame Massnahmen, damit die Offensive der Japaner gegen Schanghai vermieden werde. Die chinesischen Truppen würden im Ernstfall Widerstand bis zum äussersten leisten.

Der japanische Delegierte Sato antwortete mit einer so ungeheuerlichen Rede, wie sie im Völkerbund noch niemals möglich gewesen ist. Es war die Rede eines Mannes, der weiss, dass er morgen im Kriege stehen wird, und der deshalb heute seine Gründe dafür offen und unerbittlich darlegte. Japan sei trotz aller Verständigungsvorschläge zum kritischen Moment gekommen, wo es tun müsse, was es für notwendig halte. Weil der Rat jetzt die Sache der Vollversammlung übergeben wolle, sei die letzte Gelegenheit gekommen, offen zum Rat zu sprechen. Der Völkerbund sei zwischen geordneten Staaten geschlossen. Im Fernen Osten aber sei China vom Bürgerkrieg desorganisiert. Hätte es Japan mit einem geordneten Staat zu tun gehabt, so wären die äussersten Mittel nicht nötig gewesen; es hätte sich zu jeder Art von Abkommen und Schiedsgericht bereitgefunden. Auch andere Staaten hätten ihre Interessen in China mit Mitteln wahren müssen, die gegenüber organisierten Staaten nicht erlaubt gewesen wären. Japan verfolge in China nur das Ziel seine Landsleute und Güter zu schützen. Wenn der Rat heute Japan verurteilen wolle, dann müsse es ihm vorher zeigen, wie er das Vorgehen anderer Mächte beurteile, die vor Japan genau so gehandelt hätten gegen China. Japan könne heute, wie jene damals, den Völkerbundspakt nicht in seiner ganzen Tragweite anwenden gegenüber China. In Schanghai zurückweichen, hiesse Japans Interessen ganz aufgeben. Beim Völkerbund habe Japan leider keine Hilfe finden können zur Rettung seiner Interessen. Es habe sich auf die eigene Kraft verlassen müssen. Gleiche Massnahmen seien nie auf alle Völker und Staaten anwendbar. Der Rat hätte Idealist sein und nach den harten Tatsachen handeln sollen. In dem einseitigen Appell an Japan sei die Nichtanerkennung von vollendeten Tatsachen nicht ausgesprochen. Dazu müsse er die Proklamation der Unabhängigkeit der Mandschurei mitteilen, was so viel wie etwa Autonomie bedeute. Japan habe das unterstützt, weil es zu viel zu leiden gehabt hätte von den Gouverneuren Wankings. Das dort investierte japanische Kapital sei zu gross als dass sein Land irgend eine Verwaltung dulden werde, die dieses Kapital in Gefahr bringen könnte.

Man habe Japan vorgeworfen, die Entschliessungen des Rates nicht beachtet zu haben. Niemand habe diese Entwicklung voraussehen können. China habe Japans Vorschläge zurückgewiesen. Die Boykottbewegung sei entfesselt worden, sodass Japan den ganzen Handel in China verloren habe und durch andere Lieferanten ersetzt worden sei. Japans Bevölkerung denke dauernd, es könne seine Auswanderer fast nirgends hinschicken. Ganz Amerika, Südafrika und die übrige Welt seien geschlossen. Japan wolle diese Ordnung nicht zerstören. Es leide unter dieser unwürdigen Behandlung. Das Auswanderungsproblem bereite ihm enorme Schwierigkeiten. Gleich nach dem russisch-japanischen Krieg hätte Japan die Mandschurei annektieren können, weil das damals noch erlaubt war. Es habe sie den geheimen Verbündeten zurückgegeben. Auch heute habe es keine Absicht, das Land zu nehmen. Es wolle sie nur als Tätigkeitsfeld behalten und dort arbeiten. Habe der Rat je gegen die Annektion der äusseren Mongolei durch Sowjetrußland protestiert? Japan habe keine andere Absicht, als sich in der Mandschurei einzurichten. Sei der Schutz vollendet, dann ziehe es sich sofort zurück. Das gelte auch für Schanghai, sobald dort eine Regelung erfolgt sei, die ertragen werden könne.

SPD. Paris, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Die französische Kabinettskrise hat in den ersten Nachmittagsstunden des Freitag plötzlich eine neue Wendung genommen.

Das Linkskabinett, das Painlevé plante und über dessen Zusammensetzung schon eine grundsätzliche Einigung erzielt war, ist durch das Eingreifen des Präsidenten der Republik in Frage gestellt. Doumer liess gegen 23 Uhr Painlevé und Tardieu zu sich bitten und forderte sie in einer kurzen Unterredung auf, nochmals die Bildung eines Konzentrationskabinetts zu versuchen. Painlevé hat sich, wie versichert wird, dazu bereit erklärt und in seiner Wohnung sofort neue Verhandlungen aufgenommen. Nach Painlevé und Tardieu wurde Laval ins Elysée berufen. Der Präsident soll ihn gleichfalls aufgefordert haben, zu einer Versöhnung beizutreten. Laval erklärte beim Verlassen des Elysées, dass er immer versöhnungsbereit gewesen sei.

In den späten Nachmittagsstunden verlautete, dass Tardieu sich bereit erklärt habe, den Posten eines Staatsministers ohne Portefeuille und des ersten Delegierten Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz anzunehmen, um Painlevé keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten. Es ist jedoch nicht bekannt, ob Tardieu die Aufnahme anderer Rechtsparlamentarier in das Kabinett zur Bedingung gemacht hat.

SPD. Liebenwerda, 19. Februar (Eig. Dr.)

Die bedenkliche Spannung, die zwischen der Arbeiterschaft des Bockwitzer Industriebezirks und einzelnen Landjägern wegen ihrer nazifreundlichen Einstellung entstanden ist, führte am Freitag zu blutigen Auseinandersetzungen, bei denen es 6 Verletzte gab. Im Uebereifer schossen die Landjäger auf Arbeiter, die sich am Eingang eines Versammlungslokals aufhielten, in dem eine Naziversammlung stattfand. Die Arbeiter wurden durch den Ort verfolgt und nicht nur von den Landjägern, sondern auch von den Nazis durch Schüsse verletzt. Die Vorkommnisse wären zweifellos ohne die laxe Einstellung des Landrates nicht zu verzeichnen gewesen.

SPD. Paris, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Handelsministerium ist am Freitag zwischen deutschen und französischen Industriellen ein Abkommen über die Kontingentierung der Einfuhr deutscher Baumwoll- und Kunstseidestrümpfe nach Frankreich unterzeichnet worden. Das Abkommen fällt in den Rahmen der Arbeiten der deutsch-französischen Wirtschaftskommission.

SPD. Breslau, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit der viehischen Mordtat in Bankau wurden unter dem Verdacht der Mittäterschaft 13 Nationalsozialisten festgenommen und dem Amtsgericht in Kreuzburg zugeführt. Die Verhafteten sind zum Teil bereits geständig an der viehischen Ermordung des Landarbeiters Bassy beteiligt gewesen zu sein.

SPD. Hannover, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht verurteilte am Freitag den früheren Chefredakteur des hannoverschen Naziorgans wegen Beleidigung von Grzesinski, Hermann Müller und Otto Braun zu 500 Mark Geldstrafe.

Der Nazi-Chefredakteur spielte vor Gericht eine klägliche Rolle. Er gab

sein Vorgehen zu, weil er nicht nur den Schatten eines Beweises erbringen konnte, sondern sich vom Gegenteil überzeugen musste. Er bat deshalb um eine milde Strafe. Das Gericht kam diesem Wunsche des Naziverleumders nach, obgleich der Staatsanwalt insgesamt acht Monate Gefängnis für die schweren Beleidigungen beantragt hatte.

SPD. Paris, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Etwa 400 nationalistische Studenten versuchten am Freitag-Mittag nach Schluss der Vorlesungen von der Universität aus in geschlossenem Zuge zum Senat zu marschieren und dort von neuem zu manifestieren. Die Polizeikräfte, die den Senat in weitem Umfange abgesperrt haben, konnten den Zug nach kurzem Handgemenge auflösen. Einige Studenten wurden verhaftet.

SPD. Weimar, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Untersuchungsausschuss des thüringischen Landtags, der vor allem Frick's Amtsführung als Minister untersuchen soll, ist am Freitag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Vorsitzender des Ausschusses ist der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Brill. Die von ihm vorgelegten Beweisanträge wurde von dem Ausschuss und von der Regierung gebilligt.

Am 15. März sollen von dem Ausschuss folgende Zeugen vernommen werden: Hitler, Frick, Hauptmann Stennes, Kapitänleutnant Ehrhardt und die beiden an der Hildburghäuser Affäre beteiligten Ministerialbeamten. In dem Beweisantrag zu dieser Affäre fordert der Ausschuss die Vorlage der entsprechenden Akten des Ministeriums des Innern und des Staatsministeriums sowie das Vernehmungsprotokoll der Ministerialbeamten über diese Angelegenheit. Dem Ausschuss stehe alle Zwangsmittel der Strafprozessordnung zur Verfügung, sodass er die Zeugenvernehmung im gegebenen Falle durch Zwangsvorführung vornehmen kann.

SPD. Genf, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Im weiteren Verlauf der Freitag-Sitzung des Völkerbundsrats erklärte Yen-China, Japan habe mehrfach behauptet, nicht weiter zu besetzen und habe doch weiter besetzt. Seit 100 Jahren habe Japan in China immer wieder mit Waffen und Geld eine Partei gegen die andere unterstützt, um China an der Einigung zu hindern. Viele Unruhen in China seien durch japanische Intrigen hervorgerufen worden. Nie sei China einiger gewesen als heute gegen den Angreifer. Es sei eine Beleidigung für die anderen Mächte, dass sie das gleiche wie Japan getan hätten. Tschangsolin sei von Japanern ermordet worden, als er Japan nicht mehr zu Willen sein wollte. Japan sei so unritterlich gewesen, China im Augenblick des grössten Uberschwemmungsunglücks zu überfallen, aber es sei auch so unklug, ein Volk sich zum Feind zu machen, das stets sein Freund gewesen wäre. Wenn jetzt erklärt werde, man wolle die Mandchurei nicht annektieren, so denke er an Korea. Dort sei das gleiche erklärt worden und trotzdem sei es heute ein Teil Japans. Aber das wichtigste sei Chinas dringender Hilferuf an den Rat. Es blieben nur noch wenige Stunden, um etwas gegen das furchtbare Blutvergiessen zu unternehmen.

Paul Boncour dankte Sato für seine ausführlichen Darstellungen in dem Augenblick, wo die Vollversammlung einberufen werde. Niemand werde Japans Lage vergessen, aber der Rat müsse nach Artikel 15 handeln, da er bisher nicht sein wichtigstes Ziel erreicht habe, nämlich die Einstellung der Feindseligkeiten. Weil Japan auf chinesischem Boden stehe, wäre es zuerst seine Pflicht gewesen, die Feindseligkeiten einzustellen. Dagegen befinde sich der Rat gegen-

über einem Ultimatum, das vielleicht die Schlacht hervorrufe, während in Genf noch verhandelt werde. Sei das nicht ein furchtbarer Widerspruch, dass Japan sich zurückziehen wolle aus dem eroberten Gebiet nach so vielen Toten, sobald es sein Ziel erreicht habe. Wenn die japanische Regierung die Offensive aufhalten könne, welche einen Dienst könnte sie der Menschheit leisten. Die neutrale Zone würde ohne Demütigung für China die ersten Garantien geben. Das Ultimatum müsse so lange zurückgehalten werden, bis in Schanghai durch Verhandlungen ein Abkommen erreicht sei.

SPD. London, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Sonnabend, um 12 Uhr mitteleuropäischer Zeit, soll die japanische Offensive gegen die angeblich 90 000 um Schanghai stehenden chinesischen Soldaten beginnen. Die Vorbereitungen zur Räumung der internationalen Zone von Frauen und Kindern sind vollendet.

In London fand am Freitag infolge des Ernstes der Lage in China eine aussergewöhnliche Kabinettsitzung statt. Es wurde ein Kabinettsausschuss gebildet, der auch während des Wochenendes tagen wird und eventuell sofort die notwendigen Entscheidungen treffen soll. Das Kriegs- und Marineministerium bleiben über das Wochenende geöffnet.

SPD. London, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Ergebnis der irischen Wahlen lag am Freitag-Abend noch nicht vollständig vor. Bis jetzt hat die Partei de Valeras 47, die Regierungspartei 37, die Unabhängigen 11 und die Labour Party 5 Sitze erhalten. Die Partei de Valeras hat auf Kosten aller anderen Parteien zahlreiche Sitze gewonnen.

SPD. Genf, 19. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat nach ausgedehnter Debatte auf Antrag Chinas die Einberufung der Vollversammlung zum 3. März beschlossen.

Am Schluss der Debatte versprach der japanische Delegierte alle Anrufe an seine Regierung weiterzugeben. Er bedauerte zugleich, dass ein gleicher Appell nicht auch an China gerichtet werde. Paul Boncour forderte daraufhin auch China auf, ebenfalls guten Willen zu beweisen, wenn das japanische Ultimatum verlängert werde.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Zauberer von Hoboken.

Aus den Geheimnissen der New Yorker Autodiebe.

SPD. New York, Mitte Februar (Fig.Ber.)

Auf der neuen New Yorker Auto-Hochstrasse, dem Riverside-Drive-Viadukt, überfuhr ein Personenauto ein Kind. Mehrere Passanten konnten die Nummer des Wagens notieren. Die Polizei machte den Besitzer ausfindig. Er konnte jedoch einwandfrei nachweisen, dass er sich seit 3 Wochen mit seinem Wagen in Atlantic-City aufhielt. Ausserdem war das Auto, das die notierte Nummer, und zwar zu recht, führte, ein schwarzer Buick, während das Unglücksauto - mit demselben Kennzeichen - ein hellgrauer Knight gewesen war.

+

Im Staate New York werden von den rund 200 000 angemeldeten Kraftfahrzeugen alljährlich etwa 2000 gestohlen. Hiervon werden im allgemeinen unter Mithilfe der Polizei und des Rundfunks nur etwa 10 Prozent den Besitzern wieder zugestellt. Mit dem Rest geschehen seltsame Veränderungen. In Hoboken, dem Stadtteil auf der Westseite des Hudson, gibt es hunderte von mittleren und kleineren Wagenreparatur-Werkstätten, in denen man, gegen angemessene Bezahlung, aus einem roten Phaeton eine schwarze Limousine so kunstvoll zu zaubern vermag, dass es den einstigen Besitzer eines solchen gestohlenen Wagens niemals einfallen würde, bei einer Begegnung mit dem neuen Gefährt seinen alten Kameraden wieder zu erkennen. Motorblöcke, Zylinderköpfe, Felgen und Bereifung alles wird ausgewechselt. Selbstverständlich erhält der von den Autofälschern "behandelte" Wagen auch eine andere Motor- und Polizeinummer. Dadurch laufen unter ein und derselben Nummer oft zwei und drei verschiedene Fahrzeuge, wie in dem eingangs geschilderten Fall, der rechtmässige Inhaber eines bestimmten Kennzeichens sehr leicht in falschen Verdacht geraten kann. Dagegen kann dem Fahrer eines derart "überholten" Wagens selbst bei einer Kontrolle kaum etwas passieren, weil man in Hoboken auch alle erforderlichen Papiere überaus geschickt zu fälschen versteht. Die Polizei ist, trotzdem sie von der Existenz ganzer Banden weiss, die die gestohlenen Autos in eigener Werkstatt ummodellieren und veräussern, so gut wie machtlos, denn diese Unternehmen arbeiten alle unter dem Deckmantel einer ehrenhaften Reparaturfirma. Sie sind auch um einen Herkunftsnachweis für die zur "Generalüberholung" eingestellten Fahrzeuge keineswegs verlegen.

Interessant ist, sich die neuen technischen Einrichtungen anzusehen, die man zur Bekämpfung der Autodiebes-Zunft geschaffen hat. Sämtliche bisher propagierten Autosicherungen, die ein Ingangsetzen des Motors verhindern, sind wertlos, seitdem man darauf gekommen ist, den für den Diebstahl in Aussicht genommenen Wagen einfach durch ein zweites Fahrzeug mit einem Seil abzuschleppen. Daher gibt es an den amerikanischen Wagen neuerdings kleine Verstärkeranlagen, die, an einer unzugänglichen Stelle angebracht, an die Batterie angeschlossen sind. Sobald man versucht, das Fahrzeug vom Platz zu bewegen, schaltet sich der Strom selbsttätig ein und eine auf einer kleinen Schallplatte festgehaltene energische Stimme beginnt fortgesetzt zu brüllen: "Help! Help! They are going to steal me! (Hilfe! Man will mich stehlen!) Indessen soll es vorgekommen sein, dass einer, der wusste, wo der betreffende Zuleitungsdraht sass, diesen einfach entzweischchnitt. Worauf der Apparat aber auch nicht im geringsten daran dachte, einen Monolog zu führen. Die Technik lässt sich eben immer wieder mit ihren eigenen Waffen schlagen und man wird niemals umhin können,

die Natur zu Hilfe zu nehmen. So kann man bei den New Yorker Tierschutzvereinen sogenannte "Autohunde" erwerben, die einen mehrmonatlichen Kurs mitgemacht haben, in dem sie durch strenges Training von Wurst und anderen Lockmitteln entwöhnt worden sind. Die Tiere beginnen ganz fürchterlich loszukläffen, wenn sich ein Fremder an dem Wagen, den sie bewachen, zu schaffen macht. Doch ist auch hier ein Fall bekannt, dass ein solcher Wächter durch eine Injektion stumm gemacht wurde.

Bezeichnend für die amerikanische Volkspsyche ist das Verhalten der Autodiebe den Sport- und Filmlieblichen des Landes gegenüber. Kürzlich ging eine Meldung durch die Blätter, wonach Al Jolson's Stadtlimousine entführt worden war, ohne dass die Diebe wussten, an wessen Eigentum sie sich vergriffen hatten. Der Wagen stand zwei Tage später vor Al's Hotel. Ja, man hatte sogar aus Verehrung für den Filmstar noch eine Reparatur, die das Auto zufällig nötig hatte, ausgeführt. Der Roadster des ehemaligen Boxweltmeisters Tunney steht oft wochenlang auf dem Parkplatz vor der Grand Central Station. Tunney pflegt, wenn er auf Reisen geht, in seinem charakteristischen Wagen zur Bahn zu fahren. Er weiss, dass er sein Fahrzeug, selbst wenn er erst nach Wochen heimkehrt, unversehrt vorfindet.

+ + +
Rosenthals Sklarek-Rolle. Im Berliner Sklarekprozess wurde am 11. März die Tätigkeit des während des Prozesses wiederholt genannten Stadtverordneten und Wäschefabrikanten Moritz Rosenthal erörtert. Rosenthal war ein Freund der Sklareks und hat mit ihnen und mit der Stadt Geschäfte gemacht; ausserdem sass er im Kreditausschuss der Stadtbank, wo er die Kreditforderungen der Sklareks besonders warm befürwortete. Der Zeuge Stadtbankdirektor Schröder bekundete, wie ihn Rosenthal eines Tages telefonisch gewarnt habe, bei den Bezirksämtern wegen der Unstimmigkeiten nachzuforschen; die Firma Sklarek könne dadurch schwer geschädigt werden. Ebenso hat Rosenthal, der demnächst selbst als Zeuge vernommen werden soll, auch Stadtbankdirektor Hoffmann gewarnt. Eine entsprechende Taktik hat Hoffmann gegenüber dem ihm unterstellten Amtmann Hoge angewandt, indem er ihm einmal erklärte: "Herr Hoge, mir ist zu Ohren gekommen, dass in Ihrer Girokasse über die Sklareks gequatscht wird. Wenn ich das noch einmal höre, erfolgen wichtige Veränderungen."

+ + +
Verworfenen Lahusen-Beschwerde. Nach einer Mitteilung der Bremer Justizpressestelle hat das Oberlandesgericht Hamburg die Beschwerde der Verteidiger des Untersuchungsgefangenen G. Karl Lahusen verworfen. Die Beschwerde richtete sich gegen die Ablehnung des Haftentlassungsantrages durch die Bremer Strafkammer. Das Oberlandesgericht Hamburg bezeichnete die Verteidiger-Beschwerde als unbegründet. Der Nordwolle-Generaldirektor G. Karl Lahusen bleibt in Haft.

+ + +
Mordaufklärung. Die Berliner Kriminalpolizei hat jetzt die Mörder des 27 Jahre alten Bierkutschers Reinhold Müller aus Oranienburg verhaftet. Müller wurde vor etwa 10 Tagen auf einer Chaussee im Norden Berlins auf dem Kutscherbock seines Wagens erschossen aufgefunden. Die Täter sind der 29 Jahre alte Arbeiter Adolf Behrend aus Bernau, sein 23jähriger Schwager Martin Barke und der 28 Jahre alte Arbeiter Friedrich Köhler aus Rosenthal bei Berlin. Köhler hat ein umfassendes Geständnis abgelegt, Behrend und Barke leugnen die Tat. Auf die Spur der drei Täter kam die Mordkommission durch die übereinstimmende Angabe mehrerer Personen, die am Mordabend in der fraglichen Gegend drei Radfahrer gesehen haben. Es wurde weiter ermittelt, dass Behrend und Barke in dieser Gegend besonders häufig gesehen worden waren.

+ + +

Verschleppt? Seit mehreren Tagen wird ein in einem Magdeburger Betrieb beschäftigtes 15jähriges Lehrmädchen vermisst. Das Mädchen hatte den Auftrag, bei einer Bank 600 Mark einzuzahlen, hat aber das Geld nicht abgeliefert. Es wird vermutet, dass die Fünfzehnjährige verschleppt worden ist.

+ + +
Shaw verunglückt. Der englische Dichter G.B. Shaw ist in Südafrika mit seinem Auto, das er selbst steuerte, in einen Strassengraben gefahren. Shaw und seine Frau wurden verletzt. Der Dichter hat seinen Führerschein erst kürzlich erworben.

+ + +
400 000 Mark Glaspalast-Hilfe. Das Gesamtergebnis der jetzt abgeschlossenen offiziellen Sammlung der Künstlerhilfe für die Geschädigten des vorjährigen Münchener Glaspalastbrandes beträgt 1 941 699 Mark. Im ganzen brachten die nach dem Unglück veranstalteten Sammlungen die Summe von rund 400 000 Mark ein. Die geschädigten Künstler konnten mit dieser Summe wesentlich unterstützt werden; ein beträchtlicher Rest findet als Unterstützungsfonds Verwendung. Die Versicherungsgesellschaften haben an die Besitzer der bei dem Brand vernichtet Romantikerbilder, die der Ausstellungsleitung nur als Leihgabe übermittelt worden waren, etwa 1 Million Mark Schadenersatz gezahlt.

+ + +
Neuer Krakatau-Ausbruch. Auf der Insel Java ist der Vulkan Krakatau wieder ausgebrochen. Die Lavamassen werden über 400 Meter hoch geschleudert.

+ + +
Brennerbahn rückwärts... Mit knapper Not entging der Trient-Brenner-schnellzug einer Katastrophe. Während der Bergfahrt zum Brennerpass geriet die elektrische Lokomotive in Brand. Heizer und Lokomotivführer erlitten schwere Brandwunden und sprangen ab. Der Zug hielt zunächst, glitt aber dann mit steigender Geschwindigkeit rückwärts zu Tal. Im letzten Augenblick zog der Zugführer die Notbremse und brachte so den Zug zum Stehen.

+ + +
Blutige Zwangsversteigerung. Auf dem Jahrmarkt der ungarischen Gemeinde Pasca kam es zu einer blutigen Schlacht. Als die behördlichen Viehaufseher das von den Bauern wegen Steuerrückständen gepfändete Vieh auftrieben, traf eine Verfügung des Finanzministers ein, die den Verkauf des gepfändeten Viehs untersagte. Die Volksmenge geriet hierüber in grosse Erregung und bewarf die Viehaufseher und Polizeibeamten scharf zu schiessen. Zwei Dorfbewohner wurden getötet, drei zum Teil schwer verwundet.

+ + +
Wirtshaus im See. Das Fischerwirtshaus in Vordersee bei Salzburg stürzte infolge Senkung des Wasserspiegels in den Vordersee. Auch für mehrere andere Gebäude besteht Einsturzgefahr.

+ + +
Neue Pyramide. In der Nähe der Sphinx am Rande der ägyptischen Wüste wurden von der unter Leitung von Professor Selim Hasan stehenden Ausgrabungsexpedition der Universität Kairo die Fundamente einer Pyramide freigelegt. Diese neuentdeckte Pyramide sollte der aus der Zeit der vierten Dynastie (28. und 27. Jahrhundert vor Christi) stammenden Königin Chenti Kau als Grabmal dienen. Warum der Bau, dessen aus riesigen Steinblöcken gefügter Rumpf nur wenig aus dem Boden emporragt, niemals vollendet wurde, steht nicht fest.

+ + +
Drogerieexplosion. In einer Drogerie in Bilbao (Spanien) explodierte ein Benzinballon. Vier Personen wurden getötet, 20 verletzt.



Wieviel Lohnabbau?

Korrektur der Berechnungen des Statistischen Reichsamts.

SPD. Ueber die Auswirkung des Eingriffs der vierten Notverordnung in die geltenden Tarifverträge hat das Statistische Reichsamt vor kurzem einige Feststellungen veröffentlicht. Danach wären die Tariflohnsätze im Durchschnitt aller Arbeitergruppen gegenüber dem Stand vom 1. Dezember 1931 um 9,6 Prozent gekürzt. Die Senkung beträgt nach den amtlichen Berechnungen für Facharbeiter 9,1 Prozent, für Angelernte 10,2, für Hilfsarbeiter 9,3, für weiblichen Fach- und angelernte Arbeiter 11,4 und für Hilfsarbeiterinnen 11,3 Prozent. Diese Ergebnisse sind, wie die Gewerkschaftszeitung in ihrer soeben erschienenen neuesten Nummer (8) nachweist, in mancher Hinsicht irreführend. Die Fehlerquellen der Berechnungen des Statistischen Reichsamts liegen in folgenden Tatsachen:

Bei der Einschätzung der Lohnsenkung im Holzgewerbe ist das Reichsamt von den alten längst überholten Lohnsätzen ausgegangen. Auf diese Weise wurde für das ganze Holzgewerbe eine durchschnittliche Lohnsenkung von 4,2 Prozent für die Facharbeiter und 3,9 Prozent für die Hilfsarbeiter ermittelt. In Wirklichkeit betrug aber die Lohnsenkung für die Holzarbeiter in den Bezirken, wo im Dezember die Löhne tariflich geregelt waren, 10,6 Prozent bei den Facharbeitern und 10,8 Prozent bei den Hilfsarbeitern. Berücksichtigt man diese Korrektur, dann rückt der Gesamtdurchschnitt der Lohnsenkung über 10 %. Allein auch dieser Prozentsatz ist, wie sich aus den Meldungen, die der Bundesvorstand des ADGB von einzelnen Verbänden erhalten hat, noch zu niedrig. Nach den Meldungen der Verbände ergibt sich im gewogenen Durchschnitt eine Lohnsenkung von 12 Prozent.

Für die meisten Berufsgruppen decken sich die Berichte der Verbände mit den Angaben der amtlichen Tariflohnstatistik. Das gilt vor allem für die Metallindustrie, das Bekleidungs-gewerbe, die Schuhindustrie, das Buchdruck- und Bau-gewerbe. Die amtliche Statistik lässt jedoch ausser Betracht, dass bei den Landarbeitern die Tariflöhne im Durchschnitt um 13,4 Prozent, bei den Tabakarbeitern um 14,9 Prozent gekürzt wurden. Wenn die amtliche Tariflohnstatistik diese Kürzungen bei den Land- und bei den Tabakarbeitern mit berücksichtigt hätte, würde sie zu einem Gesamtdurchschnitt von etwa 11 Prozent gelangen. Schliesslich liegt noch eine dritte Quelle der Abweichung zwischen den Meldungen der Gewerkschaften und den amtlichen Angaben über die Erfassung der Lohnsenkung in der Textilindustrie. Das Statistische Reichsamt gibt für diese Industrie eine durchschnittliche Lohnsenkung von 7,7 Prozent bei den Facharbeitern und 7,9 Prozent bei den Hilfsarbeitern an. In der bis jetzt vorliegenden Uebersicht der Gewerkschaften sind die Ergebnisse der Lohnsenkung bei den Textilarbeitern noch nicht enthalten.

Die Gewerkschaftszeitung stellt zusammenfassend fest, dass abschliessende Ergebnisse über die Auswirkung der Vierten Notverordnung noch nicht vorliegen. Sie würden aber kaum stark von den von den Gewerkschaften ermittelten vorläufigen Zahlen abweichen und "zweifelloos hoch über dem Stand von Statistischem Reichsamt errechneten Durchschnitt" liegen.

SPD. In Rumänien sind nach den Ermittlungen der Gewerkschaften bereits über 300 000 Arbeitslose zu verzeichnen, die ohne jede staatliche Unterstützung dastehen und in der Mehrzahl furchtbarem Elend und Hunger ausgeliefert sind. Die Gewerkschaften haben bisher alles aufgeboten, um der schlimmsten Not zu steuern. Sie haben im Laufe der letzten 12 Monate über 40 Millionen Lei Unterstützung aus ihren Mitteln an erwerbslose Mitglieder ausbezahlt. Die zunehmende Wirtschaftskrise hat jedoch ihrer Notaktion langsam einen Riegel vorgeschoben.

In der Kammer verlangte der sozialistische Abgeordnete Flueraa im Auftrage seiner Fraktion die Bewilligung eines ausserordentlichen Kredits von 100 Millionen Lei zur Unterstützung der Arbeitslosen. Die Regierung lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab. Ministerpräsident Jorge erklärte kurz und bündig die Regierung sei ausserstande, irgendwelche ausserbudgetären Kredite aufzubringen.

Aber nicht nur Millionen, sondern Milliarden für Aufrüstung sowie für Prämien an Industrie und Grosshandel verschleudern - das kann die rumänische Regierung.

SPD. In den Kölner Ford-Werken, die für eine Tagesleistung von 150 Autos eingerichtet sind, arbeiten gegenwärtig in einfacher Schicht an 5 Tagen der Woche nur etwa 200 Arbeiter, aber 130 bis 150 Angestellte. Die Erzeugung beträgt täglich 20 bis 25 Autos.

SPD. Die kommunistische "Hamburger Volkszeitung" meldete kürzlich als Beweis für den "revolutionären Flan" des Sowjetproletariats, dass in der Nähe des Dörfchens Monastirka bei Nishnij Nowgorod in 17 Monaten aus Sumpf und Gestrüpp das grösste Autowerk Europas gebaut worden sei. Mit wahrem Heisshunger habe der werdende Bau 13 000 Tonnen Eisenkonstruktion, 37 000 Tonnen Zement und 23 800 000 Stück Ziegel verzehrt.

Ein Hamburger Maurer hat sich den Spass gemacht und nachgerechnet. 23 800 000 000 dividiert durch 300 Arbeitstage (12 Monate wurde hochgemauert) macht eine tägliche Leistung von 79 000 000 Steine. Wenn diese Leistung bewältigt werden soll mit pro Mann pro Tag 1 000 Steine (das ist der Leistungssatz für Hamburger Akkordmurer), so gehört dazu eine Belegschaft von 79 000 Maurern.

Donnerwetter! 79 000 Maurer beim Bau eines einzigen Autowerks! Da sind die alten Babylonier doch Waisenknaben gewesen. Der babylonische Turm-für Moskau ist das eine Kleinigkeit.

SPD. Die Verhandlungen über Einführung des Krümpersystems im westoberschlesischen Bergbau sind gescheitert. Die Gewerkschaften wollten durch das Krümpersystem den Arbeitern die Arbeitsplätze erhalten und die monatlichen Fei-erschichten beseitigen. Diese Hoffnungen sind jetzt zerschlagen worden.

Der Arbeitgeberverband hat den kommunistischen Wünschen Rechnung getragen. Er will die oberschlesische Arbeiterschaft zum Spielball extremer politischer Interessen machen. Er will sie zermürben, um sie leichter der Reaktion ausliefern zu können.

Die Staatsbank.

Auch hier Kontenzuwachs.

SPD. Wie die Reichskredit A.-G., die Industriebank des Reiches, hat auch die Preussische Staatsbank (Seehandlung) für das verflossene Jahr immerhin gut abgeschnitten. Das zeigt, dass die öffentlichen Banken der Kreditkatastrophe vom Juli 1931 erfolgreicher widerstehen konnten als die Privatbanken. Dadurch erklärt sich auch der Zustrom neuer Kunden und neuer Geschäfte, die die öffentlichen Banken buchen können.

Dabei hatte es die Preussische Staatsbank wahrlich nicht leicht. Auf dem Geldmarkt gilt sie als Bank der Banken; sie hatte im Juli den grössten Ansturm auszuhalten; denn Privatbanken und Sparkassen zogen alles zurück, was sie von der Staatsbank zu fordern hatten. Allein am 13. Juli, an einem Tage, wurden 71 Millionen Mark abgezogen; die Staatsbank brauchte aber keinen Augenblick die Auszahlungen zu kürzen. Vom Reich und dem preussischen Staat wurden dazu bei steigenden Defiziten wachsende Ansprüche an die Staatsbank gestellt, die befriedigt werden mussten. Nur die vorsichtige Anlagepolitik der Staatsbank, freilich auch die Tatsache, dass sie Auslandskredite kaum in Anspruch genommen hatte, konnte ihr in der Kreditkrise eine solche Aktionsfähigkeit geben.

Selbstverständlich ging durch den öffentlichen Finanzbedarf (80 bis 90 Prozent der fremden Gelder sind öffentlich) auch die Summe der Kreditoren zurück; Sie sank insgesamt von 1 142 auf 900 Millionen Mark. Von den 242 Millionen Mark Differenz sind aber 186 Millionen Mark abzuziehen, die bei der Gründung der Siedlungsbank an diese überführt wurden, sodass sich ein Kreditorenverlust von nur 56 Millionen Mark ergibt. Die Abzüge öffentlicher Depositen waren aber grösser; sie erscheinen geringer, weil ein starker Kundenzustrom mit neuen Einlagen erfolgte. Die Preussische Staatsbank kann melden, dass im Krisenjahr 1931 die Zahl der Konten sich um 21 Prozent, die Zahl der Privatkunden um 45 Prozent und die Summe der privaten fremden Gelder sich sogar um 85 Prozent vermehrt hat. So ist es verständlich, dass trotz der gewaltigen Drosselung des Geldmarktgeschäftes im zweiten Halbjahr der Umsatz nur von 37,4 auf 33,5 Milliarden zurückging. Ende 1931 waren 33,6 Millionen Akzepte gegen 2,6 Millionen im Vorjahre begeben. Bis Mitte Februar hat sich diese Summe wieder auf 16 Millionen verringert.

Bei den Aktiven ergeben sich naturgemäss starke Veränderungen. Da zur Deckung des öffentlichen Finanzbedarfs die unverzinslichen Schatzanweisungen des Reichs (180,9 Millionen) und der Länder (Preussen mit 69,3 Millionen) sich von 136,7 auf 250,2 Millionen vermehrt haben, ergibt sich auf dem Wechsel- und Schatzanweisungskonto eine Erhöhung von 223,1 auf 293,5 Millionen Mark. Eigentliche Wechsel sind gegenüber dem Vorjahr von 81,6 auf 27,4 Millionen verringert, haben sich aber bis Mitte Februar 1932 durch die Zunahme des Geschäftes auf rund 83 Millionen Mark erhöht. Die Staatsbank hat dabei nicht wie andere Banken Forderungen auf laufendem Konto (Debitoren) zur Verbesserung der Liquidität in Wechsel umgewandelt. Natürlich sind die Kassenhaltung, die Guthaben bei anderen Banken (von 102,0 auf 23,8 Millionen) und die Börsendarlehen (von 90,2 auf 6,1 Millionen) unter der Revolution der Kredit- und Börsenverhältnisse seit dem Juli stark gesunken. Die eigenen Wertpapiere sind -Kurs-

stützungsnotwendigkeiten! - von 32,1 auf 59,1 Millionen gestiegen, wobei die Bewertung den Kursveränderungen entspricht. Die dauernden Beteiligungen sind von 4,7 auf 7,2 Millionen Mark erhöht. (Akzept- und Garantiebank Berliner Lombardkasse und die Diskontkompagnie). Die Debitoren in laufender Rechnung sind von 700,7 auf 550,9 Millionen zurückgegangen; werden hier die 186 Millionen abgegebenen Siedlungsgelder berücksichtigt, so ergibt sich noch ein Zuwachs.

Seit der scharfen Inanspruchnahme der Staatsbank im Juli konnte die flüssige Anlage der fremden Gelder immer weiter verbessert werden. Von Ende Juli bis Ende Dezember stieg die Liquidität von 36,2 auf 46,7 Prozent. Bis Mitte Februar 1932 hat sie sich weiter auf 53,4 Prozent erhöht, ein Zeichen, dass auch jetzt eine hohe Aktionsfähigkeit der Staatsbank gewährleistet ist.

In der Gewinn- und Verlustrechnung zeigt sich ein starker Rückgang des Reingewinnes von 6,86 auf 1,36 Millionen Mark. Er erklärt sich aus dem Rückgang der fremden Gelder, vor allem aber aus der auch in diesem Jahr im volkswirtschaftlichen Interesse fortgesetzten Verringerung der Zinsspanne. Nach dem neuen Rückgang der Zinsspanne von 0,96 auf 0,87 Prozent darf man sagen, dass die Preussische Staatsbank in Deutschland die billigsten Kredite gibt. Der Gewinnrückgang ergibt sich ferner aus 2,46 Millionen Mark Abschreibungen, die man wegen der Kursverluste auf Wertpapiere und dauernde Beteiligungen vorgenommen hat. Verluste aus dem laufenden Kreditgeschäft sind nach dem Geschäftsbericht bei der Staatsbank nicht eingetreten. Die Verwaltungskosten sind von 5,42 auf 5,34 Millionen Mark einschliesslich Steuern gesunken. Die Gehaltskosten brachten eine Minderausgabe (Gehaltssenkung) von 316 000 Mark, der aber eine Erhöhung der Steuern um 243 000 Mark gegenüber steht. Der Reingewinn geht diesmal nicht an den Staat, sondern wird auf neue Rechnung vorgetragen.

SPD. Die Reichsregierung hat am Freitag neue Devisenbestimmungen erlassen. Sie richten sich gegen direkte Kapitalflucht, Transport von Reichsmarkbeständen über die Grenze, gegen den Verkauf von ausländischen Wertpapieren in Deutschland bzw. Umwandlung der Erlöse in Devisen und schliesslich gegen die Abdeckung von Reichsmarkschulden an Ausländer.

Die neue, d.h. zehnte Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung bestimmt, dass Reichsmarknoten, die aus dem Ausland oder dem Saargebiet an inländische Kreditinstitute eingesandt werden, dort nur auf Sperrkonto gutgebracht werden dürfen. Ebenso kommen Einzahlungen von Ausländern, die im Inland auf Ausländerkonten geleistet werden, zunächst auf Sperrkonto. Eine Verfügung über dieses Sperrguthaben wird nur gestattet werden, wenn der Nachweis geführt wird, dass die eingezahlten Beträge dem betreffenden Ausländer mit Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle im Inland ausgehändigt wurden oder dass er sie in anderer Form als in Reichsmarknoten aus dem Ausland mitgebracht oder von dort zugesandt erhalten hat. Kann ein solcher Nachweis nicht geführt werden, so wird eine Verfügung über die gutgebrachten Beträge - wie über andere Sperrkonten - nur zu langfristiger Kapitalanlage im Inland gestattet. Künftig soll auch, ebenso wie schon bisher der Erlös aus Wertpapierverkäufen, der Erlös aus der Liquidierung anderer inländischer Vermögensanlagen von Ausländern, insbesondere aus Grundstücksverkäufen, auf ein Sperrkonto gebracht werden. Das gleiche gilt für Beträge, die einem Ausländer im Wege der Erbschaft anfallen. Ferner werden künftig die inländischen Guthaben von Personen, die nach dem Ausland übersiedeln, wie Altguthaben eines Ausländers behandelt. Die Vorschrift, dass Inländer einer Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle zu jeder Verfügung über Reichsmarkforderungen bedürfen, die zu Gunsten von Ausländern oder Saarländern erfolgt, richtet sich gegen das Ueberhandnehmen der Abdeckung von Reichsmarkschulden an Ausländer durch Verrechnung mit Reichsmarkforderungen an Ausländer. Ähnlichen Zwecken dient die Vorschrift, wonach die Exporteure in ihren zehntägigen Nachweisungen an die Reichsbank über den Eingang von Ex=

portvaluten auch darüber Rechenschaft zu geben haben, in welcher Form sie Zahlungen auf ihre Reichsmarkforderungen erhalten haben. Für Leistungen der Versicherungsnehmer in Fremdwährung aus Versicherungsverträgen, die nach dem Inkrafttreten der neuen Verordnung geschlossen werden, wird die Freigrenze aufgehoben, da insbesondere auf dem Gebiet der Lebensversicherung unter Inanspruchnahme der monatlichen Freigrenze von 200 Mark noch immer Abschlüsse von wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Fremdwährungsversicherungen erfolgen.

Andere Bestimmungen beziehen sich schliesslich auf die Pflicht zur Anbietung und Ablieferung von Devisen an die Reichsbank. Der Kreis der anbieterpflichtigen Personen wird auf alle Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts ausgedehnt. Ferner wird klargestellt, dass auch Personen, die erst nach dem 2. Oktober 1931 - dem Stichtag des letzten Devisenaufrufs - wieder einen Wohnsitz im Inland genommen haben oder nehmen, der Anbieterpflicht unterliegen. Dies gilt insbesondere auch für solche Personen, die infolge der Reichsfluchtsteuerbestimmungen wieder einen inländischen Wohnsitz begründet haben. Gewissen Versuchen, sich der Anbieterpflicht zu entziehen, wird dadurch begegnet, dass die Reichsbank das Recht erhält, von dem Pflichtigen die Kündigung noch nicht fälliger Forderungen zu verlangen und sich bei Fälligkeit den Erlös übertragen zu lassen. Die Reichsbank erhält schliesslich auch das Recht zu verlangen, dass Devisen, die zum Ankauf ungeeignet sind, ihr oder einer Devisenbank zum Inkasso übertragen werden.

SPD. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse (Preussenkasse) hat wie die Preussische Staatsbank den Stürmen auf den Geld- und Kapitalmärkten während des Jahres 1931 mit Erfolg Widerstand geleistet. Das Unternehmen, das in erster Linie den landwirtschaftlichen Personalkredit pflegt, aber auch mit den gewerblichen Genossenschaften und Konsumgenossenschaften arbeitet, legt einen Abschluss für das Jahr 1931 vor, der die Richtigkeit der von der Preussenkasse seit 1928 angewandten Grundsätze, Zurückhaltung in der Kreditgewährung, Verlustbereinigung und Stärkung der eigenen Mittel, beweist. Als der jetzige Finanzminister in Preussen, Dr. Klepper, vor einigen Jahren die Leitung des Instituts übernahm, war es fertig, die der Landwirtschaft gegebenen Kredite eingefroren und dem landwirtschaftlichen Personalkredit drohte eine Erschütterung, deren Folgen unübersehbar waren. Klepper hat in rastloser Arbeit Ordnung geschaffen. Wenn ihm das den Hass der Rechtsradikalen eingetragen hat, muss man das schon als Verwilderung politischer Sitten hinnehmen. Ohne die von Klepper geleistete Arbeit sähe es heute anders um die Preussenkasse aus.

Die von der Preussenkasse eingeleiteten erzieherischen Massnahmen wirken sich auch bei den angeschlossenen Genossenschaften stark aus. So haben sich die Einlagen bei den genossenschaftlichen Organisationen, die mit der Preussenkasse in Geschäftsverbindung stehen, seit dem Sommer 1931 schätzungsweise um 400 Millionen Mark verringert. Aus der verhältnismässig geringen Erhöhung der Verbindlichkeiten bei der Preussenkasse ergibt sich, dass das Genossenschaftswesen in ihrem Bereich die Erschütterungen des deutschen Kreditsystems überwiegend aus eigener Kraft aufgefangen hat. Bei den gewerblichen Genossenschaften und den Konsumgenossenschaften erfolgte eine Steigerung der Verpflichtungen. Im Jahre 1932 zeigt sich aber ein Zurückgehen dieser Verpflichtungen, die ja, wenn man sie mit den an die landwirtschaftlichen Genossenschaften gegebenen Kredite vergleicht, kaum etwas besagen wollen.

Es ist natürlich, dass die genossenschaftlichen und aussergenossenschaftlichen Stellen, die mit der Preussenkasse arbeiten, unter Druck der Krise auf ihre Einlagen bei der Preussenkasse zurückgreifen mussten. So verringerten sich z.B. die Guthaben von Banken und Bankiers von 49,6 Millionen Mark auf 40,7 Millionen Mark, die Kundenguthaben und Einlagen gegen Kündigung gingen

von 111 Millionen auf 31,3 Millionen Mark und die täglich fälligen Verpflichtungen dieser Art von 41,8 Millionen auf fast 31 Millionen Mark zurück. Aus der Stellung der Preussenkasse, die ein zentralgenossenschaftliches Geldausgleichsinstitut ist, ergab sich die Notwendigkeit einer wesentlich erhöhten Inanspruchnahme des Reichsbankkredits. Die Verpflichtungen bei der Reichsbank sind so von 98,67 Millionen Mark Ende 1930 auf 328,82 Millionen Mark Ende 1931 gestiegen. Gleichwohl bleibt der Gesamtbetrag an Bank- und öffentlichen Geldern, den die Preussenkasse bis Ende 1931 in Anspruch genommen hat, hinter der entsprechenden Ziffer von Ende 1927 um 250 Millionen Mark zurück. Wenn die Preussenkasse in den letzten Jahren immer wieder bestrebt war, die eingefrorenen Kredit aufzutauen, dann hat sie im vergangenen Jahr gezeigt, wie notwendig das war. Mit Hilfe der aufgetauten Kredite konnte im verfloßenen Jahr der Bankenkrise mit Erfolg Widerstand geboten werden. Hinsichtlich der gegebenen Kredit entfallen wie im Vorjahr rund 270 Millionen Mark auf die ländlichen Genossenschaften östlich der Elbe, 288,4 Millionen Mark (im Vorjahr 262,3 Millionen) auf die Genossenschaften westlich der Elbe. Die von den gewerblichen Genossenschaften in Anspruch genommenen Kredite steigerten sich von 57,9 Millionen auf 76,2 Millionen Mark, die Kredite an die Konsumgenossenschaften von 4,1 Millionen Mark auf 20 Millionen Mark. Gegenüber den Preussengenossenschaften wird betont, dass in letzter Zeit ein weitgehender Abbau der Verpflichtungen stattgefunden hat.

In der Ertragsrechnung werden die Einnahmen aus Zins- und Diskontgewinnen mit 8,078 Millionen Mark angegeben gegenüber 8,256 Millionen Mark im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass von den Gewinnen bereits rund 40 Millionen Mark an Aufwendungen für die landwirtschaftliche Genossenschaftsrationalisierung abgezogen sind. Hinsichtlich der Zinssätze wird mitgeteilt, dass sie im Durchschnitt 0,42 Prozent über Reichsbankdiskont liegen. Die Zinsspanne die für das ganze Jahr 1931 rund 1,01 Prozent ausmachte, ist gegen Ende des Jahres auf $\frac{3}{4}$ Prozent zurückgeschraubt worden. Die Umsätze verringerten sich um rund 10 Milliarden Mark, von 46 Milliarden im Jahre 1930 auf 36,7 Milliarden Mark im Jahre 1931. Die Geschäftskosten sind von 5,616 Millionen Mark auf 5,570 Millionen Mark zurückgegangen.

SPD. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: "Nach vorliegenden Nachrichten ist in weiten Kreisen der Bausparer eine Beunruhigung dadurch entstanden, dass bisher noch keiner einzigen Bausparkasse die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe nach § 133 Abs. 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes erteilt worden ist. Das Reichsaufsichtsamt kann bei seiner grossen Belastung nicht in Aussicht stellen, dass schon in der allernächsten Zeit eine Anzahl von Bausparern nach § 133 Abs. 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb erhalten wird, zumal da vor Erteilung einer derartigen Erlaubnis erst noch eine Reihe grundsätzlicher Fragen geklärt werden muss. Die unter die Vorschrift des § 133 Abs. 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes fallenden Bausparkassen sind bis zur Entscheidung über die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe oder sonst zu treffende Massnahmen berechtigt Bausparverträge abzuschliessen, Spar- und Tilgungsbeiträge entgegenzunehmen, sowie Darlehensbeträge an die Bausparer zuzuteilen und auszuzahlen."

SPD. Am 22. Februar kehrt der 75. Geburtstag eines Forschers wieder, ohne den wahrscheinlich Rundfunk und Radio, die ganze Welt der drahtlosen Nachrichtentechnik nicht wäre. Es ist Heinrich Hertz, der Mann, der, wie der deutsche Physiker Professor Albert Einstein einmal sagte, die Existenz elektrischer Wellen zuerst mit Hilfe des Funkens erzeugte und nachwies, nachdem sie Maxwell auf mathematischem Wege aufzeigte. Hertz hat der Menschheit das Wunder des Radios erschlossen.

Der Name Heinrich Hertz ist mit der Geschichte der Funktechnik unlösbar verbunden. Sein kurzes Leben - er wurde nur 37 Jahre alt - stand früh im Zeichen bedeutender wissenschaftlicher Erfolge. Schon die erste seiner grossen Veröffentlichungen, die er mit 23 Jahren als Assistent bei Helmholtz in Berlin herausgab, kündigte in ihrem Thema die Behandlung schneller elektrischer Vorgänge an, die ihn später unsterblich machte. 1883 wurde Hertz Privatdozent in Kiel und zwei Jahre später erhielt er die ordentliche Professur für Physik nach Karlsruhe. Hier entstand eine Reihe von Arbeiten, die alsbald das grösste Aufsehen erregten: die Erzeugung elektrischer Schwingungen, ihr Nachweis, die Aufstellung der Gesetze ihrer Fortpflanzung und Zurückwerfung, die Ermittlung der Resonanz und schliesslich die Ableitung dieser Erscheinungen aus der Maxwell'schen Theorie.

Die wissenschaftliche Bedeutung von Hertz geht indes noch weiter. In Karlsruhe erschien 1887 eine Arbeit "Ueber den Einfluss ultravioletten Lichtes auf die elektrische Entladung", die als ein Vorläufer zur Entdeckung der photoelektrischen Eigenschaften anzusprechen ist. Heute bietet z.B. die lichtempfindliche Zelle bereits einen unentbehrlichen Bestandteil aller Fernsehsysteme. Ein unsterbliches Verdienst um die Menschheit aber bedeutet der Nachweis, dass elektrische Kräfte sich nicht nur in Leitern, sondern auch in der Luft ausbreiten, dass die Ausbreitung mit Lichtgeschwindigkeit vor sich geht und dass die elektrischen Wellen ebenso wie die Lichtwellen reflektiert, gebrochen, gebeugt und polarisiert werden können.

Auf den Grundlagen, die Heinrich Hertz für die drahtlose Nachrichtenübermittlung gelegt hat, konnten andere weiterbauen. Hervorragende Physiker und Ingenieure vieler Länder, wie Marconi, Slaby, Graf Arco, Braun u.v.a. haben die ihnen gebotenen Möglichkeiten mit so grossem Erfolg ausgenutzt, dass heute die elektrische Welle für das Nachrichtenwesen der ganzen Welt eine immer steigende Bedeutung genommen hat. Es ist eine Industrie gross geworden, die nach einer rohen Schätzung etwa 15 000 Arbeitern Beschäftigung gibt.

SPD. Sowjet-Russland ist aus der deutschen Benzinkonvention ausgetreten, der es seit etwa einem Jahre in Gemeinschaft mit den grossen angelsächsischen Petroleumtrusts angehörte. Das Bestreben der Russen geht dahin, den Benzinabsatz in Deutschland zu steigern, um ihren Bedarf an Devisen zu decken. In dem angelsächsischen Oelkonzern ist man der Meinung, dass es nicht zu einem allgemeinen Preiskampf in Deutschland kommen wird. Die Benzineinfuhrpreise seien, so versichern sie, gegenwärtig so gedrückt, dass man sich höchstens bereiterklären wird, die Grossabnehmer billiger zu beliefern. Sie glauben, dass die Russen diese Beschränkung im Freiskampf nicht stören werden.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise. Die Berliner Butternotierungskommission setzte die Preise, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten - am 18. Febr. für den Zentner wie folgt fest: I. Qualität 132, II. 125, abfallende Sorten 115 RM.

Zwei Roggenpreise.

(Berliner Getreidebörse vom 19. Februar)

SPD. An der Berliner Produktenbörse trat am Freitag ein Umschwung der Weizentendenz ein. Nachdem in den Vormittagsstunden bei völlig mangelndem Angebot eine feste Stimmung geherrscht hatte, machten sich an der Produktenbörse grössere Abgaben bemerkbar, die einen stärkeren Druck auf die Haltung ausübten. Weizen verlor im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft $2\frac{1}{2}$ bis 3 Mark im Promptmarkt 3 Mark je Tonne. Dabei blieb das Angebot vom Lande ausserordentlich klein. Das gleiche gilt auch vom Roggen, der lediglich in russischer Ware zur Verfügung stand. Dieser wurde zu unveränderten Preisen abgegeben, während für Inlandware Aufgelder verlangt und bewilligt wurden. Die Notierung für prompten Roggen blieb unverändert, am Markte der Zeitgeschäfte ging auch hier der Kurs um 1 Mark zurück. Die Forderungen für Mehl beider Sorten waren am Vormittag von den Mühlen nochmals um 25 Pfennig erhöht worden. An der Börse hielten sich aber die Käufer zurück; Umsätze kamen nur in geringem Ausmass zustande. Hafer hatte feste Tendenz. Die von den Landwirten erhöhten Forderungen wurden bewilligt, da der Konsum sehr knapp versorgt war.

	18. Febr.	19. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	250 - 252	247 - 249
Roggen	200 - 202	200 - 202
Braugerste	163 - 170	163 - 170
Futter- und Industrierogerste	155 - 160	156 - 161
Hafer	148 - 155	150 - 157
Weizenmehl	30,50 - 34,50	30,50 - 34,50
Roggenmehl	28,10 - 29,75	28,10 - 29,75
Weizenkleie	9,60 - 9,90	9,60 - 9,90
Roggenkleie	9,65 - 9,90	9,65 - 9,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 264 - 260 - 261 (Vorta 263 $\frac{1}{2}$), Mai 272 $\frac{1}{2}$ -269 (272), Roggen März 205 $\frac{1}{2}$ -204 $\frac{1}{2}$ (205 $\frac{1}{2}$), Mai 213-212 Brief (213), Hafer März 164-162 (162), Mai 163 $\frac{1}{2}$ -169 (170 $\frac{1}{2}$).

Berliner Viehmarkt.

(19. Februar)

SPD. Bei genügender Beschickung und bei ziemlich glattem Handel blieben die Schweinepreise unverändert. Auf dem Hammelmarkt ergaben sich grössere Abschläge, ebenso auf dem Kälbermarkt, wo sich der Handel ruhig entwickelte. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240-300 Pfd.) 42 (42); c) (200-240 Pfd.) 40-41 (40-41), d) (160-200 Pfd.) 37-39 (37-39), e) (120-160 Pfd.) 33-36 (33-35), Sauen 38-39 (38-39). Kälber: b) 35-42 (38-44) c) 28-34 (30-37), d) 18 - 25 (20-28). Schafe: b) 36-38 (38-40), c) 32-35 (35-37), d) 23-30 (27-30). Kühe: a) 24-27 (24-26), b) 19-23 (20-23), c) 15-19 (16-19), d) 12-14 (12-15).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den

19. Februar 1932.

Der Amerikaner.*

SPD. Der Ball in dem vornehmen Hotel erreicht seinen Höhepunkt. Im großen Saale schmettert das Saxophon, und die Tanzenden schmelzen zu einer weichen Masse zusammen. In einem kleinen Saale steht ein aufgeregter Herr und schreit: "Zwei Mark ein Tomoolalos, meine Damen und Herren! Zwei Mark! Bitte die Gewinne zu besichtigen!

Ein langer Herr mit einer Brille in Begleitung einer kleinen Blondine besichtigt die Gewinne. Er wischt sich die Stirn ab und kauft zwei Karten. Das heißt: er bezahlt vier Mark, greift in das Rad, das von dem aufgeregten Herrn bedient wird, und zieht zwei gerollte Lose heraus. Beide sind leer. Die kleine Blondine verzieht ihren Mund. Der lange Herr wischt sich wieder die Stirn ab und kauft noch eins. Auch leer. Sie gehen beide beleidigt davon.

Der aufgeregte Herr beginnt von neuem zu schreien. Aus dem Tanzsaal taucht plötzlich ein grauhaariger, glattrasierter vornehmer Herr hervor. Die Hände in die Taschen gesteckt, bleibt er vor dem Glücksrade stehen und betrachtet es aufmerksam. Nach fünf Minuten fragt er: "What's that?" Der aufgeregte Herr wird plötzlich ruhig und beginnt zu erklären. Wenn Mister ein leeres Los zieht hat er verloren. Wenn eine Nummer darauf steht, dann bekommt er dementsprechend einen Gewinn. "Ein Versuch gefällig?"

"Well, geben Sie mir zehn Stück! Was zahle ich?"

"Zwanzig Mark, bitte!"

Der grauhaarige Herr nimmt zehn Röllchen aus dem Rade und rängt an, sie zu entfalten. Das neunte Los gewinnt. Der aufgeregte Herr drückt ihm eine kleine Marmorstatue in die Hand. Der Grauhaarige dreht die Statue hin und her. "Sehr gut," sagt er, "geben Sie mir noch zwanzig Tickets!" Er bezahlt vierzig Mark, zieht Röllchen und entfaltet sie. Mit zweien hat er wieder gewonnen. Er bekommt ein Mokkaservice und eine Gans. Da ruft er den Kellner und übergibt ihm die Gewinne. "Verteilen Sie! Und bringen Sie einen Sessel!"

Der Kellner rauscht fort und kommt mit einem Sessel zurück. "Sehr gut," sagt der Grauhaarige, "jetzt geben Sie fünfzig!"

Er sitzt und entfaltet. Er hat schon einen Pelzkragen, einen Rasierapparat, ein halbes Dutzend Büstenhalter und einen Staubsauger gewonnen. Jeder Kellner bekommt etwas. Dann steht er plötzlich auf und sagt: "Excuse! Ich komme gleich. Bitte auf Sessel aufpassen!" Verschwindet, geht auf sein Zimmer, kommt zurück. "Frisches Geld," sagt er und setzt sich. "Geben Sie zweihundert!"

Der Tanzsaal leert sich. Alles kommt in den kleinen Saal und beobachtet den Grauhaarigen. Die Kellner lauern. Wenn sie vorbei müssen, bleiben sie neben ihm stehen und warten. Dann bekommen sie etwas geschenkt und können gehen.

Der grauhaarige Herr arbeitet kühl und gemessen. Unter den zweihundert Zetteln waren zwölf Gewinn-Nummern. Er verteilt alles. Dann kauft er immer von neuem, entfaltet, gewinnt, verteilt.

Es vergehen Stunden. Das Glücksrad ist schon fast leer, der Gewinn Tisch auch. Da fährt er plötzlich auf. Es blitzt in seinen Augen, und er tritt gravitativ an das Rad heran. "Passen Sie auf!" sagt er zu dem aufgeregten Herrn. "Jetzt geben Sie mir nur eins!" Er atmet tief, drückt die Augen zu und zieht

er Los heraus. Langsam und andachtsvoll öffnet er es. Der Zettel ist leer. Er schüttelt den Kopf und trägt seinen Blick verzagt umher. "Ich habe Pech", sagt er. Und geht traurig aus dem Saale.

Martin Abbot.

Die Plombe.^x

Von Tefly.

SPD. Das Ehepaar Schnurin hatte eben erst die neue Wohnung bezogen. Am Abend. Die Schnurins wanderten durch dunkle, von Möbeln verstellte Zimmer und stiessen sich an Tischen und Stühlen. In der Hand trug jeder ein Licht, und in ihrem sinnlosen Hinundherlaufen glichen sie Wallfahrern, die sich aus den Reihen ihrer Prozession verloren hatten.

Im Flur richtete der Monteur die elektrische Leitung her. "Was er für Zeit dazu braucht!" erregte sich Schnurin und bekleckte seinen Rock mit Stearin. "Ich hab's satt, im Dunkeln herumzulaufen. Hol's der Teufel!"

"Was schreiest Du denn so! Ich bin doch nicht schuld daran", sagte die Frau und liess das Stearin auf den Lehnstuhl tropfen. Da trat der Monteur ins Zimmer. "Die Leitung ist fertig. Soll ich das Licht einschalten?"

"Na gewiss doch!" schrie Frau Schnurin.

"Erlaub' mal," unterbrach sie ihr Mann. "An der Leitung hängt eine Plombe. Wir sind nicht berechtigt, sie zu entfernen."

"Ach, das hat nichts zu sagen," meinte der Monteur. "Ich schneide sie einfach ab. Sonst müssen Sie zwei Tage warten, bis jemand vom Elektrizitätswerk kommt."

"Lass ihn nur abschneiden," sagte Frau Schnurin. "Er wird schon wissen, was er tut. Ewig musst Du widersprechen."

Schnurin schwieg. Der Monteur schaltete das Licht ein, wurde bezahlt und ging. Die Schnurins ergingen sich durch die hell erleuchtete Wohnung, stellten die Möbel auf und waren höchlichst vergnügt. Doch ihre Freude barg eine gewisse Unruhe, einen unangenehmen Beigeschmack.

"Sag mal, Lolja," fragte plötzlich die Frau. "Hast Du gelesen, was auf der Plombe stand?"

"Nur flüchtig. Ungefähr, dass, wer sie eigenmächtig entfernt, den Paragraphen des Gesetzes zu spüren bekommt."

"So ist es also ein Verbrechen?"

"Und ob!" entgegnete er.

"Wie konnten wir uns denn in solchem Falle dazu verstehen?"

"Es ist halt unsre Verbrechernatur. Sie ist nur durch die Erziehung verdrängt. Später oder früher kommt sie mal zum Ausbruch."

"Meiner Meinung nach sind nicht wir schuld daran, sondern der Monteur. Er hat uns angestiftet."

"J wo! Er hatte doch gar keinen Vorteil davon."

"Immerhin ist er mir verdächtig. Stiftet Andre an, ohne einen Nutzen davon zu haben. Er ist wohl selbst ein Verbrecher, und es tut ihm leid, dass es auch Schuldlose gibt. Da muss er sie verführen. Wo ist denn die Plombe hingekommen?"

"Ich weiss nicht. Er hat sie wohl weggeworfen."

"Ich denke, man könnte sie wieder anbringen - etwa das Siegel nachmachen."

"Ich danke bestens für den Rat. Elektrizität entwenden, das Siegel erbrechen und obendrein noch einen Betrug begehen! Das bringt bei mildester Beurteilung 10 Jahre Zuchthaus ein."

"Herr Gott! Was Du sagst! Ich werde vor Gericht aussagen, er hätte uns dazu gezwungen."

"Und Du denkst, sie glauben Dir den Unsinn?"

"Nun, dann sage ich eben, er hätte sich in mich verliebt und wollte sich rächen. Irgendwie werde ich mich schon herausdrehen."

"Das wäre ja noch schöner, wegen einer solchen Bagatelle einen Unschuldigen zu verleumden. Dann ist es schon besser, die Tapete im Flur in Brand zu stecken und zu sagen, die Plombe wäre beim Schadenfeuer verbrannt."

"Damit es vor Gericht herauskommt, dass wir das Feuer selbst angelegt haben. Das erspart uns das Zuchthaus nicht."

Schnurin blickte seiner Frau aufmerksam ins Gesicht und sagte leise: "Du, Mascha, ich wusste nicht, dass Du so bist."

"Wie denn?"

"So verbrecherisch veranlagt! Diese halbe Stunde hat mir offenbart, dass es kein Verbrechen gibt, zu dem Du nicht fähig wärest. Es begann mit dem Diebstahl und dann.... Verleumdung, Betrug und dann Brandstiftung."

"Die Brandstiftung hast Du ja ausgedacht. Bist selbst so einer und beschuldigst Andere."

"Und wenn auch.... Durch den Monteur habe ich manches erfahren."

"Wenn mir der Monteur jetzt in die Quere käme, ich wäre imstande, ihn zu erstechen und noch sein Blut vom Messer abzulecken."

"Siehst Du! Siehst Du! Ich würde ihn nicht erstechen. Ich würde ihn erwürgen wie einen Hund."

Eine Weile sassen sie schweigend im Scheine des entwendeten Lichtes. Dann fragte die Frau leise: "Wieviel Einwohner hat Sibirien?"

"Ich weiss nicht. Aber bald werden es zwei mehr sein."

Wieder herrschte Schweigen. Dann fragte die Frau: "Weshalb sind wir nur so verbrecherisch?"

"Wahrscheinlich Entartung oder erbliche Belastung. Sag mal offen, Manja, gibt es Geisteskranke in Eurer Familie?"

Erschrocken blickte sie auf, erbehte. "Nein!.... Das heisst, ja. Der Nachhilfelehrer meines jüngsten Bruders ist wahnsinnig geworden."

"Na also! Da hast Du's. Daher.... erbliche Belastung - furchtbares Wort. Du bist schuldlos. Du weisst selbst nicht, wozu Du imstande bist."

"Und Du?"

"Auch auf mir ruht der Fluch der Vererbung. Der Bruder meiner Mutter hat die Openkina geheiratet, deren Vater wegen Brandstiftung verurteilt wurde."

"Also darum kamst Du auf den Gedanken der Brandstiftung. Schrecklich! Wir werden es schwer haben in Sibirien," schluchzte sie auf.

"Unsinn! Nimm Dich zusammen, Närrchen! wir schlagen uns schon durch. Ich mache mich an irgendeine Staatslieferung heran. Lege mir ein Kapitälchen beiseite. Es wird ja nicht der erste Diebstahl sein. Oder ich eröffne ein Bordell."

"Ich werde die Gäste anlocken," sagte die Frau und trocknete ihre Tränen. Und sie drückten einander die Hände angesichts der neu zu eröffnenden Laufbahn. Das gestohlene elektrische Licht in der Sechzigkerzenbirne strahlte listig und munter.

(Aus dem Russischen übertragen von Wanda Waldenburg.)

9000 kleine Polizeipräsidenten.^x

SPD. Heutzutage hat jeder Polizist einen schweren Dienst, auf welchem Posten er auch immer stehen mag. Aber seine Verantwortung geht doch nur so weit wie die Befehle, die ihm erteilt werden. Er ist ausführendes Organ, bekommt gesagt, was er zu tun hat, und tut das nach besten Kräften. Ueber ihm steht einer, der ihn leitet, und sein Leiter hat auch wieder einen Leiter. So geht es die ganze Skala der Rangstufen hinauf bis zum Letztverantwortlichen. Aber es gibt auch eine Polizei, bei der trotz dieser Skala der Rangstufen

jeder selbst verantwortlich ist. Jeder muss selbst und allein entscheiden, und sein vielfältiges Amt erfordert Tag für Tag eigene Entschlüsse, eigene Befehle an sich selbst. Das ist die Polizei des flachen Landes, des Dorfes, der Kleinstadt; das ist die Landjägerei. Die neuntausend Landjäger in Preusse sind gewissermassen neuntausend kleine Polizeipräsidenten. Denn ein Landjäger ist in einer Person Chef und Exekutivbeamter, Sicherheitspolizist, Kriminalpolizist, politischer Polizist, Verkehrspolizist, Luftpolizist, Gewerbepolizist, wichtigste Stütze des Amtsvorstehers und des Landrates, Rechercheur des Arbeitsamts, des Gerichts, des Staatsanwalts, des Wohlfahrtsamts und der Feuersozietät.

Diese Vielfältigkeit des Amtes zeigt nicht nur die wichtige Bedeutung der Landjägerei, sondern auch die vielgestaltigen Anforderungen an jeden einzelnen ihrer Beamten. Der Landjäger ist das Mädchen für alles auf dem Lande. Und weil er überall hin seine Fäden hat und alles wissen muss, ist er zumeist auch ein wichtiger Berater und gern gesehener Helfer der Bauern und Kleinstädter, die, mit Behörden und Amtswegen weniger vertraut und von Natur etwas schwerfälliger, sich bei ihm Rat holen für die mannigfaltigsten Fälle. Bunt wie ihr Aufgabenkreis ist auch das Tageswerk dieser Männer. Da muss der Landjäger nicht nur seine täglichen Streifen abgehen, abfahren oder abreiten, den Amts- oder Gemeindevorsteher, der zu seinem Ehrenamt besten Willen, aber nicht immer praktische Kenntnisse mitbringt, beraten; da muss er einer Fürsorgebehörde Auskunft über den Vater eines unehelichen Kindes geben; da will eine Wohlfahrtspflegerin etwas über die familiären Verhältnisse eines in Not geratenen Bauern wissen; da kommt eine Anfrage eines Staatsanwaltes; da ist ein Flugzeug notgelandet, und er muss dabei sein; da hat es gebrannt, und die Feuersozietät sucht den mutmasslichen Brandstifter. Dazu muss er den auch auf dem Lande stetig zunehmenden Verkehr überwachen, und nicht zuletzt ist die Verbrecherbekämpfung sein wichtigstes Amt. Das alles bedingt, dass der Landjäger ein erfahrener, beschlagener und erprobter Mann sein muss. Deshalb werden Landjäger nur ältere, zuverlässige Beamte. Heute rekrutiert sich der Nachwuchs aus der Schutzpolizei, die als einzige Polizei junge Leute aufnimmt und sie später an die andern Polizeieinrichtungen abgibt. Erst wer mindestens acht Jahre Schutzpolizist gewesen und dann auf einer der beiden Landjägereischulen in Allenstein oder Trier weiter ausgebildet worden ist, kann Landjäger werden.

Die Landjägerei ist die älteste preussische Polizei. Sie stammt noch aus der napoleonischen Zeit. 1809 wurde sie ins Leben gerufen, doch ihr eigentliches Geburtsdatum ist 1820. Die Vorschriften von 1820 haben für die preussische Landjägerei, von einigen Umarbeitungen abgesehen, bis zum vorigen Jahre gegolten. Erst seit dem 1. Oktober des vorigen Jahres ist an ihre Stelle das neue Polizeiverwaltungsgesetz getreten. Bis zur Revolution von 1848 gab es die Landjägerei auch in den Städten. So hatte Berlin bis 1849 Landjäger. Seitdem ist es eine ausgeprägt ländliche Polizei. Bis zur Revolution 1918 war sie dem Heere angegliedert. Dann wurde sie aus dem Heeresverbände herausgenommen und der inneren Verwaltung unterstellt.

Der Landjäger macht Einzeldienst und ist zumeist auf sich selbst angewiesen. Drei bis vier Landjägerposten werden zu einem Amte zusammengefasst, mehrere Ämter zu einer Abteilung, die durchschnittlich zwanzig Beamte umfasst, mehrere Ämter zu einem Kreise. Der Kreisleiter ist ein Hauptmann. Besonders stark sind natürlich die Kreise um grosse Städte, speziell die um Berlin, da hier die meiste Arbeit zu leisten ist und sich die meisten Verbrecher, die in Berlin etwas anstellen, aufs Land zurückziehen, da sie glauben, dort am sichersten zu sein. Deshalb haben beispielsweise die Kreise Teltow und Niederbarnim, in denen die Verbrecherbekämpfung ausserordentlich wichtig und umfangreich ist, weit über hundert Beamte. Durch die enge Verbindung der Landjäger mit den Bauern und Kleinstädtern und dadurch, dass die Landjäger durchwegs sehr besonnene und erfahrene Männer sind, erreicht auch der Einzelne und erreichen wenige zusammen oft mehr, als man annehmen sollte. So nahmen

beispielsweise am letzten Mansfelder Streit 15 000 Arbeiter teil. Mit ihrem Anhang war es eine Menschenmenge von 50 000 bis 60 000 Köpfen, die eine drohende Haltung annahm. Als man befürchten musste, dass sie zu Gewalttätigkeiten übergehen würden, wurden die Landjäger der Umgegend zusammengezogen, und ein Offizier mit 156 Mann hielt die Menge in Schach und vermied Blutvergiessen. An einer anderen Stelle auf dem Lande zogen einmal die Bauern der ganzen Umgebung vor das Finanzamt und drohten es zu stürmen. Dank der gut ausgebildeten Alarmtechnik hatte man binnen zwei Stunden achtzig Landjäger zusammengezogen, die natürlich alle einzeln ankamen. Sobald die Bauern das sahen, die nicht geglaubt hatten, dass es so viele Landjäger gab, und jeder "seinen" angekommen sah, liessen sie sich beruhigen und zogen wieder ab.

Die moderne Ausrüstung und die durchgebildete Alarmtechnik machen die Landjägerei auch zu einer schnellen Polizei, was besonders bei der Verbrecherbekämpfung wichtig ist. Achthundert Landjäger, besonders in waldreichen Gebieten und an den Grenzen, sind beritten. Jeder Landjäger, auch der berittene, hat ein Fahrrad, und manche haben auch Automobile, in erster Linie die Kreisleiter und Inspektionsbeamten. Die Landjägerien um Berlin haben sogar eigene Ueberfallkommandos mit Automobilen, die zentral in Berlin untergestellt sind. Im Bedarfsfalle holt der Schofför das Auto, rast los und nimmt unterwegs die einzelnen Landjäger mit. Die Landjäger in den Bäderbezirken, bei denen die Verkehrskontrolle besonders wichtig ist, haben Krafträder.

Die Zunahme der Verbrechen und die politische Radikalisierung haben das Amt des Landjägers gerade in den letzten Jahren auch zu einem recht gefährlichen gemacht. Seit der Revolution haben 157 Landjäger bei der Ausübung ihres Dienstes ihr Leben lassen müssen. 103 fielen im Kampfe mit Verbrechern; 54 starben durch Verkehrsunfälle. Die Mehrzahl der blutigen Verletzungen entstand bei politischen Zusammenstössen, und zwar waren es da zumeist Kopfverletzungen durch Hiebe von oben. Wir Städter denken zumeist, wenn wir einen Landjäger an uns vorbeiradeln oder vorbeireiten sehen: der Mann hat's gut. Den ganzen Tag in der frischen Luft spazieren gehen.... Aber es ist ein Amt voller Pflichten und Mühsal und oft auch voller Gefahren, das einen ganzen Mann und seine ganze Zeit und Arbeitskraft in Anspruch nimmt. Denn er soll überall sein, alles wissen, alles können: das Mädchen für alle des flachen Landes.

Mario Mohr

----- Maikäfer in der Tinte. -----

SPD. "Jeder weiss, was so ein Maikäfer für ein Vogel sei."

Das hat schon Wilhelm Busch verkündet und gleich eine gar kribbelige Geschichte von Max und Moritz, zwei Tüten voll Maikäfern und dem Onkel erzählt, dem die Krabbeltiere ins Bett gesteckt wurden.

Aber es gibt auch einen Redaktions-Maikäfer. Das ist ein Vogel ganz besonderer Art.

Alljährlich gegen Ende Februar oder zu Beginn des März wird das Lob des Redaktions-Maikäfers in unzähligen Zeitungen gesungen. Irgend ein Schuljunge hat ihn gebracht, möglichst zu einer Zeit, da die Erde noch von einer weissen Schneedecke übergezogen war. "Maikäfer im Schnee" ist dann die Lokalspitze überschrieben, und der Lokalredakteur des Konkurrenzblattes ärgert sich, dass er nicht den ersten Maikäfer in diesem Jahr auf dem Redaktionstisch hatte.

Aber diesmal sind wir die ersten. Heureka! Ein zehnjähriger Knirps kam glückstrahlend mit der Freudenbotschaft angestürmt, er habe einen Maikäfer. Beim Umgraben im Garten hat er ihn gefunden und gleich behutsam in eine Streichholzschachtel verstaut und zur Redaktion gebracht. So etwas muss doch der Welt verkündet werden.

Auf dem Redaktionsschreibtisch krabbelt der braune Bursche nun über Manuskripte, rutscht aus, gleitet ab und versucht's wieder von vorn, weiterzukommen. Er ist noch recht müde, als habe er nicht richtig ausgeschlafen. Weiss glänzen die Seitendreiecke an den Bauchseiten und heben sich wie glänzende Manschetten vom schwarzen Brustschild ab.

Der Lokalredakteur überlegt sich, welche Ueberschrift er der Lokalspitze zu Ehren des Maikäfers geben soll. "Frühlingsbote?" Ach, das hatten wir im vorigen Jahre. "Maikäfer im Februar"? Das ist zu banal.

Da schrillt das Telefon. Eine Meldung über einen Unglücksfall. "Schwere Verletzung? - - Ins Krankenhaus gekommen? - Danke!"

Mittlerweile hatte das Krabbeltier seinen Weg über die Manuskripte fortgesetzt und auf einem Blatte, das mit einem butterweichen lyrischen Gedichte beschrieben war, einen dünnen, grünen Streifen zurückgelassen. Na, ja, von einem Maikäfer kann man auch keine Achtung vor geistiger Produktion verlangen.

Der Lokalredakteur hängt den Hörer auf die Telefongabel und sucht seinen Redaktions-Maikäfer. Der ist weg. Einfach spurlos verschwunden.

Na, denn nicht, liebe Tante! Und man setzt sich, um die Unfallmeldung zu Papier zu bringen. Federhalter ins Tintenfass getaucht und... Aber was ist denn das? An der Federspitze zieht der Lokalredakteur den aufgespiessten Maikäfer aus dem Tintenfass. Der Unglückliche war von einem Manuskriptberg abgerutscht, in die Tinte gefallen und ertrunken. Armer Kerl! Er sass rettungslos in der Tinte.

Aber der Lokalredakteur hatte jetzt die Ueberschrift für seine Lokalspitze gefunden: "Maikäfer in der Tinte".

Fix.

Zwei Sehenswürdigkeiten.*

SPD. Wenn Europäer in ein entlegenes chinesisches Dorf kommen, dann steht die ganze Bevölkerung im Kreise herum und betrachtet sie. Der Europäer gilt für den unverdorbenen, von westlicher Technik und Zivilisation unberührten echten alten Himmelssohn als das Verrückteste, was es auf Gottes Erdboden gibt. Denn er hat die Manie, alles auf den Kopf zu stellen, umgekehrt so zu machen, wie es der Chinese seit fünftausend Jahren gewohnt ist.

Der Europäer schüttelt beim Grusse die Hand des Andern anstatt seine eigene, was doch viel hygienischer wäre und urchinesisch ist. Er trägt Schwarz statt Weiss, wenn er Trauer hat. Er kratzt sich am Kopfe, wenn ihm etwas nicht einfällt, anstatt sich auf chinesische Weise die Ferse zu kratzen. Will er sich rächen, so bringt der Europäer seinen Feind um und stürzt sich damit selber ins Unglück, während sich der Chinese vor der Türe seines Gegners aufhängt und dem Andern dadurch die grössten Unannehmlichkeiten bereitet. Der Europäer stellt unsinnigerweise die Pferde mit dem Kopfe, anstatt, wie der Chinese, mit dem Schweif an die Mauer. Der Europäer bietet seinem Gaste den Platz an der Rechten anstatt an der Linken als Ehrenplatz an. Er vererbt die erworbenen Titel auf seine Kinder und Kindeskinde, die nichts damit zu tun haben, anstatt auf seine Ahnen. Ein Chinese lacht, wenn er den Tod eines teuren Verwandten anzeigt, und die Braut weint auf der Hochzeit: der Europäer macht es umgekehrt, verkehrt. Er nimmt auch bei feierlichen Gelegenheiten den Hub ab, anstatt ihn aufzusetzen... und so in Unendlichkeit weiter.

Abgesehen davon hat der weisse Barbar keine Spur von Manieren und kennt keine einzige der dreitausend Regeln des guten Benehmens. Er spricht immer gut von sich statt schlecht. Er geht ohne jedes Schamgefühl mit seiner Frau Arm in Arm über die Strasse und bezeugt ihr seine Zuneigung auf geradezu ekel-erregende Weise, indem er seine Lippen auf die ihren drückt und dabei ein Geräusch macht wie beim Trinken von Reiswein. Der Europäer ist, mit einem Worte, unmöglich. Noch dazu isst er Ochsenfleisch und riecht dadurch ranzig, sodass

sich der Chinese die Nase zuhalten muss, wenn er mit ihm spricht. Das Blödsinnigste von allem aber ist sein Aussehen. Der Europäer ist am ganzen Körper weiss und auf dem Kopfe blond wie der Teufel. Man nennt das "rot" in China. Es sind schon chinesische Kinder vor Schreck gestorben, weil so ein weiss-"roter" Teufel sie angefasst hat.

Als ich mit einem Freunde in ein chinesisches Dorf kam, das noch nie ein Europäer betreten hatte, versammelten sich also sämtliche Einwohner, bildeten einen regelrechten Kreis um uns und starrten uns wie eine exotische Schaustellung an. Eine Stunde war vergangen, und die Neugierde der Chinesen war noch immer nicht befriedigt. Da riss meinem Freunde die Geduld. "Das geht so nicht weiter," rief er in ganz annehmbarem Chinesisch. "Ihr müsst zahlen, wenn ihr uns noch länger anschauen wollt. Es kostet zwei Groschen pro Mann."

Die Chinesen waren bereit, dies für sie ziemlich hohe Honorar zu entrichten. Für meinen Freund schien ihnen das kein zu hoher Preis zu sein. So was sieht man vielleicht nie wieder. Für mich aber wollten sie nur einen Groschen zahlen. "Du bist nicht halb so rot," sagten sie. - So schau' ich aus.....

Ach Gott, wo sind diese schönen Zeiten geblieben? Wer zahlt heute, wo man so dringend Geld brauchen könnte, auch nur einen Sechser, um mich zu sehen als Teufel oder weiss Gott was! Kein Teufel gibt mir etwas dafür. -

Heinrich Hemmer.

SPD. Getreue Untertanen.^X Im Münchener Hofbräu sassen ein Münchener und ein Berliner beim Bier. Es war in den glücklichen Jahren, da Wilhelm II. Preussen und Deutschland noch herrlichen Zeiten entgegenführte. Der Gerstensaft hatte in den beiden trinkfesten Männern den Partikular-Patriotismus so gesteigert, dass sie über die Frage, ob Bayern oder Preussen der vorbildlichere Staat sei, in heftigsten Streit gerieten. Als der Berliner seine sachlichen Argumente, wie preussische Schneid und Disziplin, erschöpft hatte, wusste er sich nicht mehr anders zu helfen, als dem Münchener seinen letzten Trumpf hinzuwerfen: "Ihr Bayern müsst man ganz stille sein: Euer König Otto is ja jeisteskrank!" Der Bayer nahm einen tiefen Schluck aus seinem Masskrug und sagte mit boshaftem Augenzwinkern: "Is scho recht. Aba mir ham unsern Kini ei'geschperrt. Ös grossmaulete Preiss'n, ös g'schwollkopfete, ös lasst's den Eurigen aba frei umanand laffa!"

SPD. Benito ist erkannt.^X Benito Mussolini, der Duce von Italien, hielt sich vor dem Kriege als politischer Flüchtling in der Schweiz auf. Gelegentlich einer Diskussion mit verschiedenen europäischen Sozialisten wandte er sich gegen den belgischen Sozialistenführer Vandervelde, weil dieser Jesus in die politische Debatte gezogen habe. Darauf bekam er von Vandervelde folgende Abfuhr: "Jesus hat im Alter von zweiunddreissig Jahren einen politischen Betrieffall erlitten, von dem ich überzeugt bin, dass Mussolini ihn nicht erleidet, weil er verstehen wird, ihm rechtzeitig auszuweichen."

SPD. Uebertriebene Echtheit.^X "Max ist auf dem Faschingsball verhaftet worden, weil er Brieffaschen geklaut hat. Jetzt versucht er sich damit nerauszureden, dass das zu seiner Maske gehört hätte."

"Als was war er denn angezogen?"

"Als Dieb von Bagdad."
